

# Einblicke

Wissenschaft und Forschung an der  
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

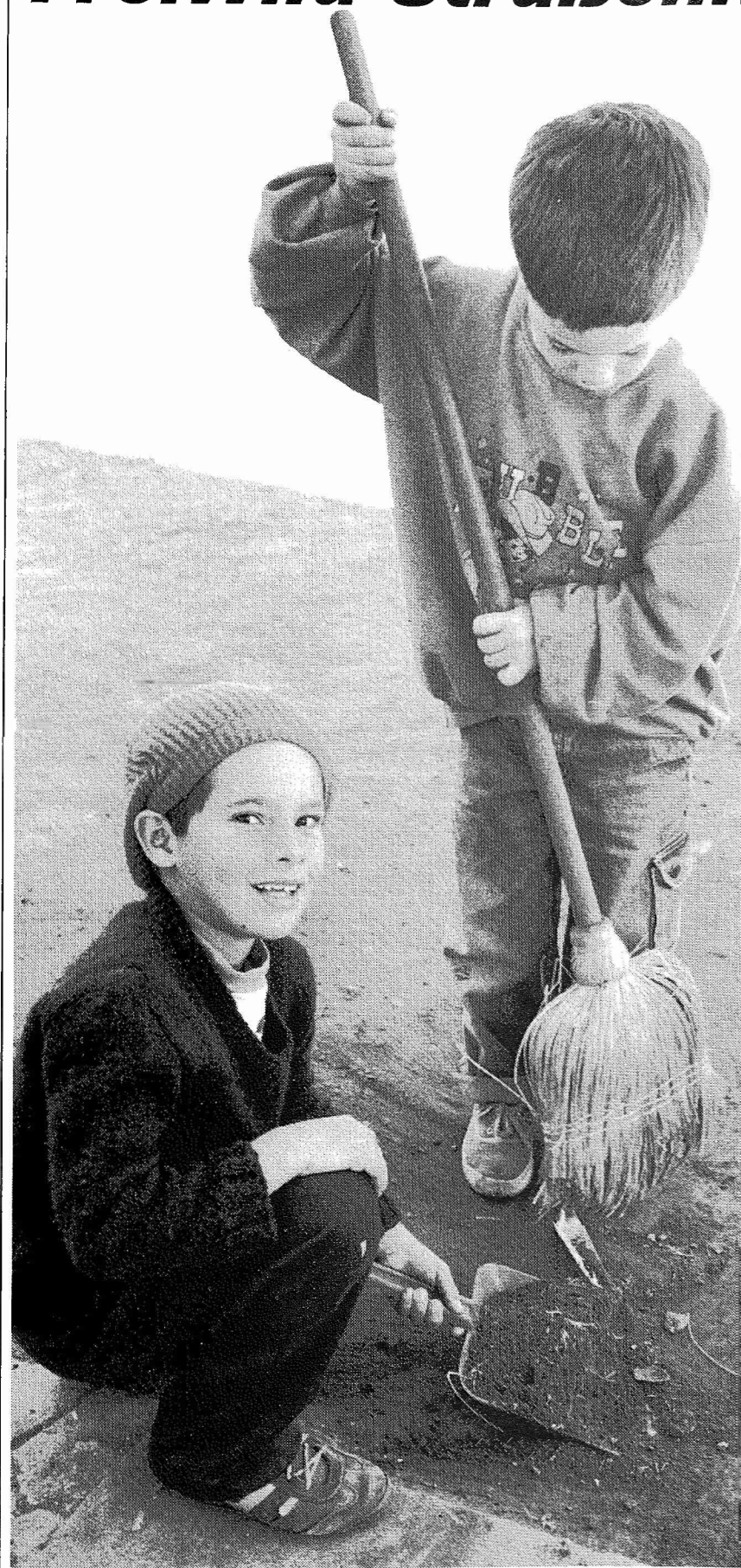


● Ledige Mutterschaft: eine Alternative Lebensform? (Titelbild) ● Ölnachweis. Identifikation in der Umweltanalytik ● Ist Landschaft reparierbar? ● Staatsziele

## Nr. 17

und soziale Grundrechte im Grundgesetz  
● 200 Jahre Lehrerbildung in Oldenburg  
● Maßnahmen für Humanes Wohnen  
DM 3,-

# Freiwild Straßenkinder



■ Eine Gesellschaft, die immer ärmer und gewalttätiger wird, macht Straßenkinder häufig zu Opfern und Sündenböcken. Auch die Polizei schützt sie kaum vor Mördern, Verbrechern und Ausbeutern.

■ Viele erheben den Anspruch, die Verhältnisse grundlegend zu bessern, doch viel zu wenige kümmern sich um die Verhältnisse, in denen die Schwächsten und Ärmsten leben müssen: Hunderttausende von Kindern ernähren sich durch Gelegenheitsarbeiten, Sammeln von Abfällen, Botengänge, Kleinverkauf, Schuheputzen... Sie stehen Restaurantbesitzern und Geschäftsleuten rund um die Uhr für Pfennig-Entlohnung zur Verfügung. Mit zunehmendem Alter kommt die Gefährdung durch die ständige Nähe zu Kriminalität, Drogenkonsum und Prostitution hinzu.

■ Die evangelische Gemeinde von Buenos Aires engagiert sich nach besten Kräften. Mit Spenden auch von BROT FÜR DIE WELT wurde mitten im Slum eine Anlaufstelle für Straßenkinder geschaffen. Ärzte, Psychiater, Sozialarbeiter leisten hier wichtige Hilfen.

Postfach 10 11 42  
700 Stuttgart 10

Postgiro Köln  
500 500-500

**BROT**  
für die Welt

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir das Heft „Den Armen Gerechtigkeit“ (Gegen DM 2,- in Briefmarken)

## Einblicke Nr. 17

Forschung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

### Inhalt

Rosemarie Nave-Herz Ledige Mutterschaft: eine alternative Lebensform?	4
Eberhard Hilf u.a. Identifikation von Stoffklassen in der Plasma-Desorptions-Massenspektrometrie	9
Peter Janiesch, Rüdiger von Lemm, Rolf Niedrighaus Ist Landschaft reparierbar? Konzepte und Möglichkeiten der Renaturierung von Agrarlandschaften	12
Dieter Sterzel Staatsziele und soziale Grundrechte im Grundgesetz Die Verfassungsdiskussion nach der deutschen Vereinigung	18
Hilke Günther-Arndt „... nach einer wohlgeplanten, der Seelennatur des Kindes conformen Methode unterrichten...“ 200 Jahre Lehrerbildung in Oldenburg 1793 - 1993	22
Wilfried Belschner, Jürgen Koch, Ernst Mastall Gesundheit braucht Gelegenheit Strukturelle Maßnahmen der Gesundheitsförderung für MieterInnen	31

TITELBILD: Immer mehr Frauen sind bereit, ein Kind alleine aufzuziehen. Ist ihre Entscheidung eine Entscheidung gegen die Ehe? Ist die Mutter-Familie die Familie der Zukunft? Antwort auf die Fragen gibt die Familienforscherin Prof. Dr. Nave-Herz in dem Beitrag „Ledige Mutterschaft: eine alternative Lebensform?“ auf Seite 4

Foto-Illustration: Robert Goldberg/Kerstin Schmidt

## Ledige Mutterschaft: eine alternative Lebensform?

von Rosemarie Nave-Herz



Ehe ist nicht mehr kulturelles Selbstverständnis bei der Familien-gründung: Ledige Frau mit Kind

Für die Industriestaaten wird als Kennzeichen ihrer Modernität die Pluralität familialer Lebensformen und die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Daseinsformen wählen zu können, konstatiert. Die moderne Kernfamilie sei nur noch eine Lebensform neben anderen in unserer Zeit und auch die gestiegene Alleinerziehendenquote in den letzten Jahren sei ebenso ein Indikator für diesen Prozeß. In einem empirischen Forschungsprojekt sind wir dieser Frage explizit nachgegangen, nämlich ob die Ein-Eltern-Familie heutzutage als eine subjektiv bejahte und bewußt geplante Lebensform im Zuge des allgemeinen Modernisierungsprozesses mit seinen Optionssteigerungen gelten kann. Die Ergebnisse sind inzwischen veröffentlicht (Nave-Herz, R./Krüger, D., Ein-Eltern-Familien - eine empirische Studie zur Lebenssituation und Lebensplanung alleinerziehender Mütter und Väter, Bielefeld 1992).

Das Forschungsprojekt wurde von der VW-Stiftung finanziell unterstützt. Im Rahmen des folgenden Aufsatzes wird über eine Teilgruppe unter den Ein-Eltern-Familien berichtet, die zwar unter massenstatistischer Perspektive unbedeutend ist, über die aber ein völlig falsches Bild in der Öffentlichkeit gegeben ist, wie unsere Daten zeigen und die deshalb als besonders interessant gelten kann. Es soll geprüft werden, ob die bewußt gewählte und geplante ledige Mutter-Familie heutzutage ebenso eine neue Lebensform innerhalb der gegenwärtigen Pluralität von Lebensformen darstellt, also ob die sogenannte „Nest-Builder-These“ auch bei uns, wie in den USA, Gültigkeit beanspruchen kann.

### Toleranz nur in Armutsschichten

Das Ansehen lediger Mütter war in der Vergangenheit sehr gering; in bestimmten Zeiten und Regionen mußten sie sogar mit öffentlicher Bestrafung (Zuchthaus, körperlicher Züchtigung in der Öffentlichkeit u.a.m.) rechnen. Die Härte der Sanktionsmaßnahmen war nicht nur in verschiedenen Zeitepochen, sondern auch regional und zwischen den einzelnen sozialen Schichten unterschiedlich. In den Armutsschichten tolerierte man ledige Mütter zu allen Zeiten eher.

#### Abstract

*The prestige of unmarried mothers used to be very low; one tried to avoid illegitimate birth. Today on the contrary however, due to the economic and social changes and to the increasing processes of individualization within society the deliberately selected and planned „mother-family“ may represent one new lifestyle within the plurality of possible lifestyles. The following article discusses this question.*

Mit der Durchsetzung des bürgerlichen Familienideals ab dem 17. Jahrhundert wurde vor allem in dieser sozialen Schicht ledige Mutterschaft immer stärker „undenkbar“: deshalb mußte bei Schwangerschaft im möglichst frühen Stadium schnell geheiratet werden, sonst erwartete die u.U. ledig bleibende Mutter ein fast ausweglos hartes Schicksal, wie es nicht nur in

Goethes berühmtem Faust beschrieben worden ist, sondern in vielen Dramen und Romanen, wie in Maria Magdalena, Rose Bernd usw.

René König - der bedeutendste Familiensoziologe nach dem 2. Weltkrieg - hat darauf hingewiesen, daß es in nahezu allen bekannten Gesellschaften eine Abneigung gegen „uneheliche“ Geburten gebe, weil sie eine „Placierung“ des Kindes im gegebenen Verwandtschaftssystem erschwerten, und deshalb würden die Öffentlichkeit und die Familie auf - zumindest nachträgliche - Legitimierung durch Heirat entweder mit dem Kindesvater oder mit einem anderen Mann drängen. Die negative gesellschaftliche Sanktionierung richtete sich also weniger darauf, eine uneheliche Mutter zu werden, als darauf, eine solche zu bleiben. König versäumte es jedoch, seine Aussage auf patriarchalisch strukturierte Gesellschaften zu beschränken, in denen die Zurechnung und damit die Abstammung der Kinder eher Probleme auslösen kann (*mater certus, pater incertus est*).

### Vom Mitleid zur Aufhebung der rechtlichen Diskriminierung

Erst Anfang dieses Jahrhunderts bahnten sich langsame Veränderungen an, die sichtbaren Ausdruck z.B. in dem 1905 von H. Stöcker gegründeten „Bund für Mutterschutz und Sexualreform“ fanden, der erstmals die „freie Ehe“ proklamierte und sich für ledige Mütter einsetzte sowie für die Abschaffung des § 218 eintrat. Dieser Verein war mit dem Zweck gegründet worden, „ledige Mütter und deren Kinder vor wirtschaftlicher und sittlicher Gefährdung zu bewahren und die herrschenden Vorurteile gegen sie zu beseitigen“ (vgl. hierzu ausführlicher Nave-Herz, Die Geschichte der Frauenbewegung, Hannover 1988).

Wurde also zuvor ledige Mutterschaft als individuell zu verantwortende Verfehlung geahndet, ließ man ledigen Müttern nunmehr eher Mitleid und deswegen Schutz und Unterstützung zuteil werden. Ihre rechtliche Diskriminierung wurde erst 1970 aufgehoben, nämlich mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuregelung der nicht-ehelichen Kinder. Ihnen wurde durch dieses Gesetz ein neuer gesellschaftlicher Status zuerkannt. Seitdem - vor allem auch im Zuge der neuen Frauenbewegung - wird nicht nur die Abschaffung aller Vorurteile gegenüber einer ledigen Mutter und ihrem Kind gefordert, sondern ledige Mutterschaft wird nunmehr auch als eine neue alternative Lebensform zur traditionellen Elternfamilie proklamiert. Hinzu kommt, daß „Nicht-Ehelichkeit“ heute etwas ganz anderes bedeutet, als vor 20 oder 30 Jahren, als sie noch eine öffentlich nicht tolerierte sexuelle Beziehung „offenbarte“, und als man sie - schon wegen der geltenden Rechtslage - als „Schicksal“ hinnehmen mußte. Ferner haben sich nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen verändert, sondern die medizinische Forschung hat die Planbarkeit von Kindern erhöht. Letztlich - keineswegs allein - hat die Verbreitung von Antikonzeptiva und der höhere Grad an Zuverlässigkeit in der Empfängnisverhütung die Entscheidungsmöglichkeit für oder gegen Kinder bewußter werden lassen.

### Die gesellschaftliche Benachteiligung bleibt

Sozioökonomische Erhebungen zeigen jedoch, daß ledige Mütter in der Bundesrepublik Deutschland auch heute noch zu den gesellschaftlich unterprivilegierten zählen; ihr Armutsrisiko sowie ihre Arbeitslosenquote ist am höchsten. Sie verfügen

über die niedrigsten Pro-Kopf-Haushaltseinkommen, und sie bilden mit einem Fünftel den höchsten Anteil an Sozialhilfeempfängerinnen.

Diese Ergebnisse aufgrund von massenstatistischen Datenanalysen schließen nicht aus, daß es heute dennoch eine Gruppe von ledigen Frauen gibt, die zwar quantitativ und somit statistisch unbedeutend ist, deren soziale Lage aber konträr zu der Majorität zu beschreiben ist. Die amerikanische Forscherin Eiduson fand in ihrer empirischen Studie über ledige Mütter in den USA diese Frauen, die sie „Nest-Builders“ nannte. Sie „hatten ihre Schwangerschaft bewußt geplant und den Vater des Kindes gezielt ausgesucht. Sie lebten allein und unterschieden sich von den übrigen Frauen der Stichprobe durch ihre höhere Bildung und stärkeres Karrierestreben. Sie zeigten in ökonomischer, sozialer und psychischer Hinsicht die höchste Zufriedenheit mit ihrer Situation“ (1980). Fallbeispiele in der Erhebung von Burkart und Kohli (Liebe, Ehe, Elternschaft, München 1992) aus dem alternativen und akademischen Berliner Milieu weisen in eine ähnliche Richtung.

Die bewußt gewählte ledige Mutterschaft könnte also heute ebenso eine neue Form innerhalb der gegenwärtigen Pluralität von Lebensformen darstellen. Weil diese kleine Gruppe von ledigen Müttern sich aber aus Angehörigen eines bestimmten kulturellen Milieus zusammensetzt, könnte ihr sogar u.U. eine Leitbild- bzw. „Trendsetter-Funktion“ zukommen. Zunächst ist aber zu fragen: Gibt es diese Art von „Nest-Builders“, wie sie Eiduson für die USA beschreibt, überhaupt in der Bundesrepublik?

### Keine bewußt gewählten ledigen Mutterschaften

Unsere Erhebung lief in zwei Phasen ab: Zunächst wurden leitfadensorientierte biographische Interviews durchgeführt. Die qualitative Erhebung umfaßte insgesamt 26 Interviews mit ledigen Müttern. Die halbstandardisierte schriftliche Befragung bezieht sich auf 177 auswertbare Fragebögen. Gemäß unserer Fragestellung, vor allem im Hinblick auf die Prüfung der „Nest-Builder-These“, sind in unserem Sample die besser ausgebildeten und verdienenden ledigen Mütter überrepräsentiert, verglichen mit dem Mikrozensus. Aufgrund der Kleinheit des Samples sind die folgenden Ausführungen selbstverständlich nur als explorative zu bewerten, die aber dennoch Trends aufzuzeigen vermögen.

Die rationale Entscheidung für eine bewußte Schwangerschaft - wie es die Eiduson-These behauptet - war bei unseren befragten Frauen in unserer Stichprobe überhaupt nicht gegeben; sie alle wurden ungeplant schwanger, und zwar unabhängig vom Bildungsniveau, der Berufsposition und vom Alter. Damit stimmen unsere Daten mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen überein, die ebenso zeigen, daß trotz der heutigen medizinischen Möglichkeit Schwangerschaften häufig gar nicht so rational kalkuliert erfolgen, wie allgemein angenommen wird.

In der Literatur werden für eine unbeabsichtigte Schwangerschaft sehr unterschiedliche Begründungen genannt: die zunehmende Verweigerung von Antikonzeptiva seitens der Frauen und damit erneut ein Ansteigen des Empfängnisrisikos, die Überforderung durch ein jahrelanges diszipliniertes Verhalten, ein „geheimer Kinderwunsch“ u.a.m. Aus den qualitativen Interviews waren vor allem eine mangelnde Planung und tiefenpsychologische Begründungen interpretierbar. Die fehlende rationale Planung in bezug auf eine Schwangerschaft führte nach

erfolgt unabsichtlicher Konzeption zu einem Entscheidungszwang, dem der Entschluß folgte, das unerwartete Kind anzunehmen, und zwar nicht fatalistisch begründet, sondern positiv bejahend.

## Relativ lange Partnerbeziehungen vor Schwangerschaft

Die überwiegende Mehrzahl der befragten Frauen kannte den Partner vor der Geburt des Kindes bereits seit längerer Zeit, so daß die Schwangerschaft selten Folge einer Zufallsbekanntschaft war. Denn die Frage, ob diese Beziehung länger als sechs Monate gedauert hätte, bejahten 82 %; 28 % lebten zum Zeitpunkt der Geburt mit dem Kindesvater in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft zusammen. Auch aus den qualitativen Interviews, die derartige Entscheidungen besser zu erfassen vermögen, ging hervor, daß keine der interviewten Frauen den Vater des Kindes etwa lediglich als „Erzeuger für ihr Kind“ wollten, so wie es die These von den „Nest-Builders“ beinhaltet.

Hervorzuheben ist, daß die rationale Entscheidung zum Kind viele Kindsväter nicht mittrugen. Aus den qualitativen Interviews wurde der häufig prozessual verlaufende Entscheidungsprozeß evident: So befand sich manche der Frauen zunächst in der Situation, zwischen drei Zielen, nämlich zwischen Partner, Kind oder Abtreibung, entscheiden zu müssen; alle unsere ledigen Frauen stimmten dann aber in ihrer Präferenzordnung zwischen den alternativen Zielen überein: dem Leben mit Kind wurde die oberste Priorität zugesprochen, obwohl eine „Nutzeindeutigkeit“ im Sinne der Entscheidungstheorie - zuweilen zwar erst nach der Überwindung psychischer Ambivalenzen - gegeben war.

Die quantitative Erhebung bestätigte, daß die Entscheidung zum Kind von den ledig gebliebenen Müttern unseres Samples überwiegend von ihnen allein und sogar häufig gegen den Willen des Vaters getroffen worden war. Nur bei einem Drittel hatte der Vater die Entscheidung zum Kind mitgetragen.

### Entscheidung zum Kind

Frau allein:	55,5 %
● unabhängig von den Wünschen des Vaters	34,9 %
● gegen den Willen des Vaters	20,6 %
Beide Partner zusammen	33,1 %
weiß nicht	11,4 %

Entgegen den Ergebnissen von Eiduson sind in unserem Sample nicht allein die besser gebildeten Frauen diejenigen, die sich aktiv gegen bzw. unabhängig von den Vorstellungen ihres Partners für das Kind entschieden. Ihr Anteil betrug 58 % unter den Hauptschülerinnen, 65 % bei denjenigen mit mittlerer Reife, 47 % unter den Fachhochschulabsolventinnen und 51 % unter denjenigen mit Hochschulreife.

## Familienbildung ohne Ehesubsystem?

Der hohe Prozentsatz in der o.a. Tabelle von ledigen Müttern, die eine Entscheidung zum Kind gegen bzw. unabhängig vom Vater des Kindes trafen, deutet darauf hin, daß sich de facto eine neue Lebensform auszuprägen scheint, die sich

bezüglich ihres Gründungsanlasses von anderen unterscheidet: eine bewußte und bejahte Familienbildung ohne Ehesubsystem. Die These von den „Nest-Builders“ geht ferner davon aus, daß die Ehe für bestimmte Frauen keine Attraktivität mehr besitzt.

Auch in unserer quantitativen Erhebung gab ein Teil der ledigen Mütter unseres Samples an, daß sie zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes generell gegen eine formale Eheschließung waren, nämlich 17 %. Die Korrelation zwischen Ablehnung und Höhe des Ausbildungsabschlusses ist hoch (etwa  $-0,30$ ). Bis zum

### „Das kommt zur Welt und fertig“ -

Alleinerziehende Mütter über ihre Schwangerschaft

*„Und dann auf einmal war ich schwanger, . . . kam also wohl deshalb, weil ich die Pille also nicht genommen hab', und, naja, dann war es eben einfach passiert.“*

*„Naja, und irgendwann, im Juli schon, war ich dann auf einmal schwanger. Also dazu muß ich sagen, daß ich eigentlich vorher so, rein emotional, eigentlich immer 'n Kinderwunsch gehabt hab'. Aber eben nur rein emotional. Ich hab' mir das immer so vorgestellt, wenn ich mal groß bin und, so in grauer Zukunft und, ähm, da will ich also irgendwie, so'n Kind haben.“*

*„Für mich war das irgendwie klar. Das kommt zur Welt und fertig.“*

*„Und ich hab' mich halt entschieden, das Kind zu kriegen und dann sagte er: 'Geh' abtreiben'. Also das war für mich kein Thema, also egal ob er's will oder nicht, er braucht sich ja nicht drum zu kümmern, dann soll er sich entscheiden: aber das Kind hat 'nen Vater, wenn er sich auch nicht kümmert, aber es hat einen.“*

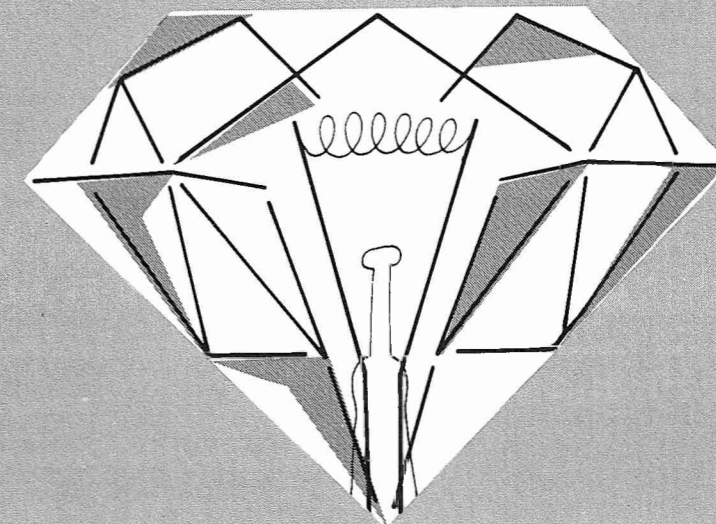
*„Ja, es war für mich nicht gleich von Anfang an klar, daß ich da jetzt positiv zu eingestellt bin (zu der Schwangerschaft). Hab' ich mich ziemlich lange dazu durchringen müssen. Das hat so'n paar Wochen gedauert und da hat eigentlich der Vater für mich auch keine Rolle mehr gespielt, weil der zu dieser Entscheidung in keinsten Weise beigetragen hat, die hab' ich dann für mich allein im stillen Kämmerlein getroffen.“*

*„Ich (hatte) das Gefühl . . . so eigentlich dazustehen, daß ich mich entscheiden müßte zwischen Kind und Beziehung und das Gefühl von total verlassen sein, einsam sein, und, also wirklich so, daß ich teilweise nicht schlafen konnte, daß ich wirklich todtraurig war. Also das war, war nicht schön. Und war halt auch ziemlich belastend, also ich war nicht die ganze Zeit so, also zwischendurch war ich auch stinksauer . . . Er wollte zwischendurch dieses Kind mal nicht anerkennen, weil er meinte, ich hätte mich dafür entschieden, er nicht.“*

*„Ich wollte grundsätzlich nie heiraten, fand es immer nicht erstrebenswert, sich da so einbinden zu lassen. Ich fand es immer blödsinnig, also warum sollte ich das machen? Ich kann's also auch so für mich entscheiden, und von daher war es auch, vielleicht sogar gerade in der Schwangerschaft, nicht aktuell, weil es so üblich ist, in der Schwangerschaft zu heiraten. . . . Das war vielleicht auch so'n kleiner persönlicher Protest, es nicht zu tun. Zumal T.s Eltern (des Partners) uns beknielt haben, daß wir doch bitte heiraten sollen.“*

Sichere, verantwortungsvolle Energieversorgung für die Bürger unseres Landes.

# Strom ist ein kostbares Gut.



Im Vergleich zu anderen Energiearten ist Strom die wertvollste von allen. Denn Strom hat die vielseitigsten Gebrauchseigenschaften, die seinen Wert bestimmen.

Mit Werten sollte man umsichtig umgehen. Auch mit Strom. So kann jeder einzelne Verbraucher durch den Einsatz moderner Geräte den Stromverbrauch senken. Das bringt Gewinn für alle: Primärenergien werden eingespart, dadurch die Umwelt weiter entlastet und der Verbraucher hat weniger Geld zu bezahlen.

Machen Sie es so wie wir: Durch technische Verbesserungen beispielsweise an Kohlekraftwerken haben wir den Einsatz von Kohle seit 1950 halbiert.

Die Energieberater der Elektrizitätsversorgungsunternehmen sagen Ihnen, wie auch Sie Strom sparen können.

Vernunft ist gefragt, wenn es um eine sichere Energieversorgung geht.

## PreussenElektra

PreussenElektra AG · Tresckowstr. 5 · 3000 Hannover 91

Zeitpunkt der Befragung dagegen - so war aus einigen qualitativen Interviews zu entnehmen - war bei ihnen jedoch ein Wandel von der ursprünglichen Heiratsverweigerung zur heutigen Heiratsakzeptanz feststellbar. In der Retrospektive distanzieren sich sogar einige von ihrer früher öffentlich geäußerten Einstellung einer generellen Ablehnung der formalen Ehe und beschrieben ihre damalige Haltung eher als "Protestverhalten" bzw. als Konformitätsdruck innerhalb eines bestimmten kulturellen Milieus.

Die Mehrzahl (83 %) lehnte aber bereits z. Zt. der Schwangerschaft eine Heirat nicht generell ab. Auf die Frage, warum eine Ehe mit dem Kindesvater nicht geschlossen worden wäre, betonten 31 %, daß sie sich nicht sicher gewesen seien, „ob es eine Partnerschaft 'auf Dauer' ist“. Sie waren also nur skeptisch gegenüber dieser spezifischen Beziehung und sprachen sich weder gegen die Institution „Ehe“ noch für eine Ehe „um jeden Preis“ aus, sondern diese sollte eine bestimmte Qualität und Tragfähigkeit besitzen.

Bei 7 % lagen objektive Barrieren vor, weil der Kindesvater verheiratet war. 2 % nannten derzeitige berufliche, 5 % finanzielle Gründe, und 9 % wollten das Sorgerecht mit dem Kindesvater nicht teilen, wobei es sich hierbei überwiegend um besser ausgebildete Mütter handelte.

Bei vielen der befragten ledigen Mütter in unserem Sample hatte jedoch zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes die Partnerbeziehung bereits nicht mehr bestanden. Zusammenfassend bleibt nämlich im Hinblick auf unsere Erhebung festzuhalten: Die - wie eingangs berichtet - vielfach nicht geplante Schwangerschaft (und häufig seitens des Partners auch nicht bejahte) scheint zumeist zu einem Wendepunkt in der Beziehung zwischen der ledigen Mutter und ihrem Partner zu führen: Bei unseren Befragten löste sich die Partnerschaft entweder bereits während der Schwangerschaft (bei 42 %) oder nach der Geburt bzw. kurze Zeit danach auf. Zum Zeitpunkt der Befragung bestand jedenfalls bei 91,3 % unserer befragten ledig gebliebenen Mütter die Partnerschaft mit dem Vater ihres Kindes nicht mehr. Selbst die gemeinsam getroffene Entscheidung zum Kind und das Zusammenleben in einer nicht-ehelichen Partnergemeinschaft mit Kind bedeutet - wie unsere Daten zeigten - nicht immer eine höhere Garantie für die Stabilität der informellen Partnerbeziehung.

Generell kann die These aufgestellt werden, daß eine ungeplante und ungeplante Konzeption einen situativen Entscheidungsdruck auf die Partnerbeziehung ausübt und daß durch die Schwangerschaft das Partnersystem, wie in der Vergangenheit auch heutzutage, noch eine Veränderung erfährt: es löst sich entweder auf (wie unsere Erhebung über ledig gebliebene Mütter zeigt) oder - wie andere Untersuchungen beweisen - es wird in eine formale Ehebeziehung „überführt“.

## Frauen bei Trennung der Partnerschaft aktiver

Anders als in der Vergangenheit handelt es sich aber bei den heutzutage ledig gebliebenen Müttern überwiegend nicht um Frauen, die vom Kindesvater verlassen wurden, sondern - im Gegenteil - viele von ihnen (= 53 %) haben eine eigene rationale Entscheidung im Hinblick auf die Trennung vom Partner getroffen. Zu vermutende Unterschiede in Bezug auf Ausbildungsniveau oder Berufspositionen konnten nicht festgestellt werden. Weitere 34 % der Befragten gaben an, daß sie mit dem Partner gemeinsam diesen Entschluß gefällt hätten und nur 14 % der befragten Mütter waren jeglicher Entscheidung enthoben, da der Kindesvater sie verlassen hatte.

Wenn also bei fast allen die Beziehung zum Partner aufgrund ihrer eigenen Entscheidung oder zusammen mit ihm gelöst wurde, ist anzunehmen, daß in der psychisch und physisch sehr belastenden Säuglingszeit die junge Mutter durch das informelle Partnersystem nicht entlastet, sondern sogar zusätzlich belastet wird. Jedenfalls weisen einige Interviewpassagen mit den ledigen Müttern darauf hin.

In diesen Zitaten klingt an, daß sich manche ledige Frau in Bezug auf die neuen Beziehungsprobleme überfordert fühlt. Einige wußten nicht, wie lange sie den ständigen Belastungen durch Kindererziehung und „Beziehungsstreß“ noch gewachsen wären. Das Leben „zu dritt“ mit seinem geringeren Institutionalisierungsgrad im Vergleich zur Ehe erfordert ein neues Aushandeln der Partnerschaft, gleichgültig, ob mit dem Vater des Kindes der Haushalt geteilt wird oder nicht, was für die Mütter derart belastend zu wirken scheint, daß sie die Trennung - wie erwähnt - überwiegend selbst gewählt haben.

## Ledig und doch keine „Ehegegnerinnen“

Nest-Builders“ im Sinne von Eiduson gab es also in unserer Stichprobe überhaupt keine, weil von den Interviewten ledige Mutterschaft nicht als Handlungsziel definiert worden war. In der Entscheidung aber, das ungeplante Kind anzunehmen, wohlwissend oder vermutend, daß die Partnerbeziehung sich aufgrund dieser Entscheidung nicht weiter als tragfähig erweisen würde (was sich auch bestätigte), ist eine entschiedene Vorrangigkeit der Familie gegenüber der Ehe ablesbar. Die Ehe ist einerseits für diese betroffenen Frauen nicht mehr unbedingt ein kulturelles Selbstverständnis bei Familiengründung, obwohl sie andererseits überwiegend dennoch keine „Ehegegnerinnen“ sind. Ihre bewußte Entscheidung für diese Lebensform ist also nicht als eine ebenso bewußte Entscheidung gegen die formale Ehe und Familie zu deuten, abgesehen von einer sehr kleinen Minorität. Das aber bedeutet, daß die Mutter-Familie ohne Ehesubsystem sehr wohl im Zuge des zugehörigen Individualisierungsprozesses eine neue subjektiv bejahte Familienform darstellen kann, aber nicht im Sinne der bewußten Absetzung von der Zwei-Eltern-Familie.

### Die Autorin



Prof. Dr. Rosemarie Nave-Herz, Soziologin am Institut für Soziologie in Oldenburg, wurde 1975 an die Universität Oldenburg berufen. Ihre wissenschaftliche Laufbahn begann 1965, als sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin wurde. Danach folgte eine erste Dozentur in Oldenburg (1967-1971) und die Berufung als Professorin nach Köln (1971-1975). Die Wissenschaftlerin, Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Kommissionen, hat mit ihren Untersuchungen im Bereich der Familiensoziologie international große Anerkennung gefunden.

# Physik

## Identifikation von Stoffklassen in der Plasma-Desorptions-Massenspektrometrie

von Eberhard Hilf, Wilfried Tuszynski, Jakob Curdes, Frank Hillmann, Beate Curdes, Hans Barth



Probeneinführung am PDMS-Spektrometer

In unseren Arbeitsgruppen wird an einem relativ neuen massenspektrometrischen Verfahren geforscht, das besonders geeignet ist zur Analyse von Stoffen oder Stoffgemischen, die sich aus größeren Molekülen zusammensetzen. Wir stellen hier erste in Oldenburg gewonnene Ergebnisse von Messungen an Roh- bzw. Motorölen vor. Um die komplizierten Spektren den Proben zuordnen zu können, haben wir ein "intelligentes Identifikationsverfahren" (semilokale Ähnlichkeitsfilter) entwickelt und an diesen Proben getestet.

### Das technische Verfahren

Die Plasma-Desorptions-Massenspektrometrie (PDMS) ist ein Verfahren, bei dem eine zu untersuchende feste Probe mit schnellen (ca. 10.000 km pro Sekunde), schweren atomaren Ionen bestrahlt wird, um von ihrer Oberfläche vor allem intakte Moleküle in elektrisch geladener Form abzulösen. Diese Ablö-

sung von der Probenoberfläche (Desorption) ist vergleichsweise explosionsartig, denn die Zeit, die diese schnellen Ionen zum Durchfliegen der üblicherweise verwendeten Proben (Dicke: 1 bis 2 Mikrometer) benötigen, beträgt ca. 100 Femtosekunden. Das ist eine extrem kurze Zeit, sie ist kleiner als der millionste Bruchteil einer Millionstelsekunde. Eine große Anzahl von Elektronen in der Probe nimmt in dieser kurzen Zeit Energie vom durchfliegenden Ion auf und setzt sie dann kollektiv wieder frei. In dieser kollektiven und schockartigen Energiefreisetzung liegt die Besonderheit des Verfahrens. Ein vergleichsweise hoher Prozentsatz der Moleküle, die dadurch von der Probenoberfläche abgelöst werden, bleibt deshalb intakt. So eignet sich das Verfahren besonders zum Nachweis großer, organischer Moleküle, von denen mit vielen anderen Verfahren oft nur Molekülfragmente nachgewiesen werden können. Wir wollen deshalb dieses Verfahren auch für die Klassifikation von Stoffgemischen einsetzen.

Ein Teil der von der Probenoberfläche abgelösten Moleküle ist elektrisch geladen, d.h. sie sind ionisiert. Als Ionen können sie mit einem elektrischen Feld beschleunigt und anschließend je nach ihrer Flugzeit über eine feste Strecke mit Detektoren registriert werden. Wenn man diese Flugzeiten nun in die zugehörigen molekularen Massen umrechnet und alle Ereignisse mit der gleichen Flugzeit - und somit der gleichen Masse - summiert, erhält man ein Massenspektrum.

Ein Beispiel für ein solches PDMS-Massenspektrum ist in der ersten Abbildung dargestellt. Es handelt sich um ein Massenspektrum von  $\beta$ -Carotin, einem in Pflanzen, Algen oder Bakterien häufig vorkommenden Photosynthese-Pigment. Deutlich ist in diesem Spektrum der Molekülpeak bei einer Masse von 537 atomaren Einheiten zu erkennen. Das bedeutet, daß das

### Abstract

The method of Plasma Desorption Mass Spectrometry is shown to be useful to identify samples of characteristic but unknown mixtures of chemical substances such as used motor oils. The experiments are performed with a new spectrometer at the University of Oldenburg. Due to the rather complex spectra an intelligent identification algorithm is necessary and has been developed. First tests in application to a set of crude oils are presented.

Molekulargewicht dieser Substanz 536 Dalton beträgt und das Molekülion durch Anlagerung eines Wasserstoffatoms entstanden ist. Die Gruppe von Linien im unteren Massenbereich des Spektrums ist Molekülfragmenten zuzuordnen, die in unmittelbarer Umgebung der Spur des schnellen, schweren Ions entstehen.

### Die PDMS in Oldenburg

Seit 1989 besteht eine hervorragend funktionierende, interdisziplinäre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der PDMS. An dieser Zusammenarbeit sind theoretische Physiker, experimentel-

le Physiker und Chemiker (Prof. Dr. Jürgen Metzger mit seiner Gruppe) beteiligt. Der Erfolg ist in zahlreichen Veröffentlichungen, Konferenzbeiträgen und durch die Ausrichtung mehrerer internationaler Konferenzen dokumentiert.

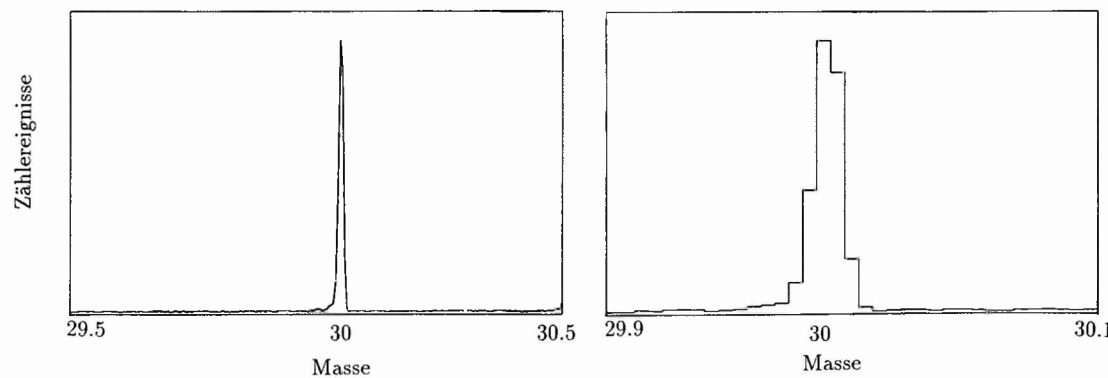
Das 1989 in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Darmstadt gebaute PDMS-Spektrometer ist seit seiner Fertigstellung ununterbrochen im Einsatz für Grundlagenforschung und für angewandte Fragestellungen. Im Grundlagenbereich interessiert uns vor allem eine weitere genaue Aufklärung des zur Ablösung und zur Ionisierung führenden Prozesses. Das führt z.B. zur theoretischen Modellierung oder Simulation des gesamten physikalischen Vorgangs, aber auch zur Erprobung konkreter Prozeduren in der Probenpräparation. Im angewandten Bereich wurde die PDMS z.B. erfolgreich zur Analyse von Photosynthese-Pigmenten und deren Abbauprodukten in Wattedimenten eingesetzt. Zur Zeit laufen in Oldenburg auch Versuche, in denen anstelle der schnellen, schweren Ionen kurze Laserpulse zur Anregung in den Proben verwendet werden. Dieses Verfahren ist dann sehr erfolgreich, wenn die Probensubstanz bei der Präparation in einem Material eingebettet wird, das geeignete chemische und physikalische Eigenschaften besitzt.

### Die Präparation von PDMS-Proben

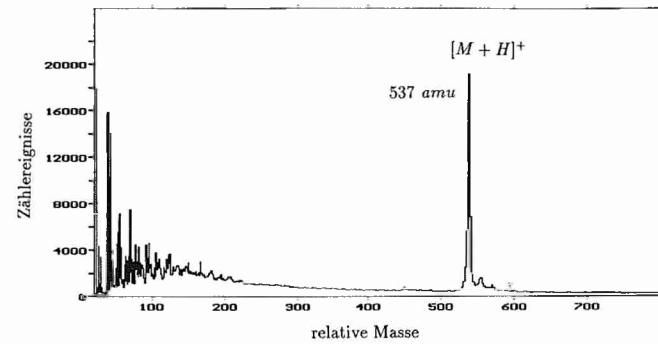
Die Probensubstanzen werden üblicherweise auf einer 1 bis 2 Mikrometer dünnen Folie aufgebracht, damit die schnellen, schweren Ionen die Probe durchdringen können. Die einfachste Art des Aufbringens ist das Eintrocknen eines kleinen Tropfens, in dem die Probensubstanz gelöst ist. Für viele angewandte Fragestellungen ist diese Präparationsart ausreichend. Bei der Analyse von größeren Molekülen oder von Stoffgemischen müssen die einzelnen Moleküle möglichst isoliert voneinander aufgebracht werden. Dazu eignet sich z.B. eine Präparation durch Adsorption, d.h. durch eine Anlagerung aus einer Lösung auf eine feste Oberfläche im thermischen Gleichgewicht. Als feste Oberfläche hat sich bei der Analyse von Proteinen und Peptiden ein dünner Nitrocellulose-Film als sehr erfolgreich erwiesen. Dieses Material kann mit der Elektrospray-Methode auf die Probenfolie in gewünschter Schichtdicke aufgebracht werden und bindet wegen seiner Oberflächeneigenschaften diese Substanzklasse ausreichend fest. Bei der Vermessung der verschiedenen Öle wurde ebenfalls dieses Material als Substrat verwendet.

### Das Auswertungsverfahren

Als Ausgang der Analyse sind Flugzeitspektren wie in der Abbildung oben, die typischerweise aus 65.000 Einzelzahlen (Kanälen) bestehen (siehe Abb. unten).



Ein Peak des obigen Spektrums in 2 Auflösungen dargestellt



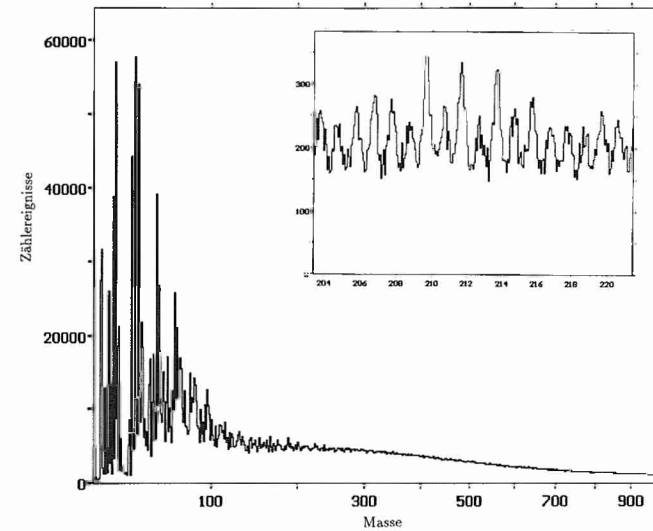
Positives PDMS-Spektrum von  $\beta$ -Carotin. Das Molekülion sieht man bei 537 atomaren Masseneinheiten. Das Ion wurde durch die Anlagerung eines geladenen Wasserstoffatoms erzeugt.

In einem ersten Schritt muß nun die Information über die tatsächlich auftretenden Massen aus diesem umfangreichen Spektrum extrahiert werden, also eine Liste mit auftretenden Massenzahlen und ihren Häufigkeiten erstellt werden. Hierfür haben wir einen schnellen Auswahl- und Integrationsalgorithmus entwickelt. So wird die Information von 65.000 Zahlen auf ca. 1000 verdichtet.

In einem zweiten Schritt wird nun nach bestimmten Regeln festgelegt, welche Massenlinien in diesem Spektrum „wichtig“ sind. Es handelt sich hier um mehrere meist semilokal wirkende Filter, die im wesentlichen das Flächenverhältnis eines Peaks zu seiner „Umgebung“ bewerten. Als „Umgebung“ kann man z.B. das gesamte Spektrum nehmen, dann werden alle Peaks, deren Fläche größer ist als der Mittelwert der Flächen aller Peaks im Spektrum, als „wichtig“ gekennzeichnet und somit zur Klassifizierung herangezogen. Wieviele Peaks auf diese Weise ausgewählt werden, hängt sehr von der Komplexität der Probe ab. Im Fall der obigen Probe sind es ca. 100, bei einem Rohöl etwa 400, also in jedem Falle deutlich mehr, als man mit dem Auge auswählen könnte.

Die Identifikation eines komplexen Systems wird umso sicherer, je mehr relevante Merkmale man verwendet, -wie ein Fingerabdruck. Es ergibt sich jetzt eine Liste von im Spektrum vorkommenden Massen, die wir als charakteristisch für die jeweilige Substanz (bei einem bestimmten Präparationsverfahren und einer bestimmten Meßvorschrift) ansehen.

Um nun das Massenspektrum einer unbekannt Substanz identifizieren zu können, muß eine Datenbank erstellt werden, die Informationen über bekannte Stoffe und Stoffklassen enthält. Nun kann man ein unbekanntes Spektrum mit den einzelnen Instanzen der Datenbank vergleichen. Solche numerischen Vergleichsmethoden sind aus der Mathematik als Ähnlichkeits-



Massenspektrum eines Rohöls (Arabian Heavy Oil). Im kleinen Bild ist ein typischer Ausschnitt des Spektrums gezeigt; man erkennt, daß fast jede Masse vertreten ist.

maße bekannt; wir verwenden hier ein an die Verhältnisse von komplexen Massenspektren angepaßtes Maß. Es berücksichtigt z.B., daß die Zahl der gemessenen Ionen pro Zeiteinheit nicht negativ werden kann, es also keine negativen Beiträge geben darf.

### Ein Beispiel: Identifikation von Ölen

Ein besonders interessantes Problem sind die technisch verwendeten Öle - sie enthalten besonders viele und oft auch schwere Moleküle, was ihre Identifikation relativ schwierig macht.

Wir haben uns einige technische Öle und Rohöle als Testfeld genommen, um Verfahren zur Identifikation von solchen komplexen Proben zu entwickeln und zu erproben. Die Rohöle gelten als besonders hartnäckig, weil in ihnen fast alle Massen vorkommen. Daher wird in der Literatur bei ihnen ein anderes Verfahren eingeschlagen: einige bekannte Biomarker, die genügend leicht sind, um mit bekannten chemischen Trennungsmethoden abgetrennt und nachgewiesen werden zu können.

In unserem Verfahren werden diese Informationen, sofern sie im „reduzierten Spektrum“ noch enthalten sind, sozusagen implizit verwendet, d.h. ohne daß eine Kenntnis über als Marker geeignete Substanzen gefordert ist, allerdings somit auch ohne eine gegenüber anderen Informationen besondere Bewertung.

Es standen uns 7 verschiedene Öle, Rohöle und Motorenöle, zur Verfügung. Diese Öle wurden mit einem Lösungsmittel stark verdünnt und auf einen beschichteten Probenträger aufge-

tragen. Von diesen Proben wurden dann mit unserem Spektrometer OLDA-1 Massenspektren erstellt. Wir erhielten ca. 50 Massenspektren von den 7 Ölen.

Von diesen wurde dann ungefähr die Hälfte in eine Datenbank eingespeist, die andere Hälfte wurde als unbekannt angenommen. Die Untersuchung dieser unbekannt Öle mittels der Datenbank ergab folgendes Ergebnis:

18 Spektren wurden korrekt identifiziert, 2 Spektren wurden einer falschen Substanz zugeordnet, 5 Spektren konnten nicht eindeutig zugeordnet werden. Eine Überprüfung der Fehleinordnungen ergab, daß sich diese auf bestimmte Probleme bei der Präparation und der Auswertung zurückführen ließen. Abgesehen davon ist die Datenbank noch zu klein. Dieser Mangel wird in nächster Zeit behoben werden, indem weitere Ölspektren gemessen werden.

### Ausblick

Die Kombination Plasma-Desorptions-Massenspektrometrie mit intelligenter numerischer Auswertung stellt ein leistungsfähiges Instrument zur Untersuchung auch komplexer Proben dar. Die Perfektionierung der eingesetzten numerischen Methoden lohnt sich, vor allem im Blick auf die umfangreichen Möglichkeiten im Bereich der Identifikation von Proben aus dem Umweltbereich.

\* \* \* \* \*

### Die AutorInnen



Prof. Dr. Eberhard R. Hilf (58) wurde nach Professuren an der TH Darmstadt und der Universität Düsseldorf 1985 als theoretischer Physiker an die Universität Oldenburg berufen. Zu seiner Arbeitsgruppe gehören der Doktorand Hans Barth und die DiplomandInnen Beate Curdes und Jacob Curdes. Die experimentellen Arbeiten wurden in der Arbeitsgruppe Molekül- und Biophysik von Frank Hillmann (33) und Dr. Wilfried Tuszyński (50) durchgeführt.

## Ist Landschaft reparierbar?

### Konzepte und Möglichkeiten der Renaturierung von Agrarlandschaften

von Peter Janiesch, Rüdiger von Lemm und Rolf Niedringhaus

Es besteht wohl kein Zweifel, daß die moderne Landwirtschaft als einer der Hauptverursacher der schlechter werdenden Situation für Natur und Landschaft anzusehen ist. Die nach dem Zweiten Weltkrieg auf Ertragsmaximierung angelegten Bewirtschaftungsformen haben zu einem z.T. dramatischen Rückgang von naturnahen Lebensräumen mit den darin lebenden Artengemeinschaften sowie zu hohen Belastungen des Bodens und der Gewässer durch Düngestoffe und Herbizide geführt. Die anhaltende Diskussion um die EG-Agrarüberschüsse hat Fragen nach einer umweltverträglichen Agrarnutzung sowie nach Perspektiven und Konzepten des Naturschutzes in der Agrarlandschaft verstärkt in das Blickfeld der wissenschaftlichen Forschung gerückt.

### Integrative Konzepte als Lösungsweg

Die entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung umweltverträglicher und naturschutzorientierter Landnutzungsformen sind integrative Maßnahmen und Konzepte, in denen sowohl landwirtschaftliche Interessen als auch die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege Berücksichtigung finden. Außerdem ist es gerade im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege wichtig, daß Forschungsergebnisse in die Praxis umgesetzt und konkrete Anwendungsmöglichkeiten in Form von beispielhaften Verfahren getestet werden. Diese an-

#### Abstract

*In an intensively cultivated agricultural area east of the town of Lingen/Ems (Lower Saxony) a renaturation programme will be carried out within the next years. The area, formerly characterized by wet meadows, fen moor sites, alder swamps and lakes connected by a hedgesystem will be restored by several ecological management activities. For about 10 years, the succession of landscape, the results of restoration activities and the management effectiveness will be observed and valued by a monitoring programme.*

wendungsorientierte Zielrichtung wird in einem vom Bundesumweltministerium maßgeblich finanzierten und von der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie in Bonn fachlich betreuten Schwerpunkt-Programm, den sog. „Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben“ (E+E), verfolgt.

### Der Test im Raum Lingen/Ems

Seit 1989 werden im Rahmen eines solchen E+E-Vorhabens in einem landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebiet bei Lingen/Ems wissenschaftliche Untersuchungen und naturschutzorientierte Landschaftsplanungen durchgeführt. Ein ca. 1000 ha großer Planungsraum soll in den nächsten Jahren

#### ● Vorlaufphase

- Klärung des Handlungsbedarfs (gesellschaftliche Wertvorstellungen, politischer Rahmen)
- Gespräche mit Betroffenen (Behörden, Geldgeber, Interessengruppen, Wissenschaftler u.a.)
- Festlegung grober Leitziele: Ökologische Aufwertung eines intensiv genutzten Agrarraumes

#### ● Konkrete Planungsphase

- Entwicklung realistischer raumspezifischer Zielkonzepte: Wiederherstellung von ehemals für den Naturraum charakteristischen Landschaftselementen
- Planung konkreter Maßnahmen
- Reaktivierung ehemaliger Teiche mit ausgedehnten Verlandungszonen
- Ökologisch orientierter Rückbau zweier Fließgewässerabschnitte
- Ausweitung von Niedermoorwiesen durch Vernässung und Extensivierung
- Nutzungsextensivierung auf bestimmten Mähwiesen und Viehweiden
- Umwandlung einiger Ackerflächen in Grünland
- Stabilisierung der Erlenbrüche durch Wiedervernässung und Anpflanzung
- Schließung des ehemals umfangreichen Heckensystems durch Anpflanzung
- Berücksichtigung verschiedener Vorgaben: finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen, übergeordnete Naturschutzprämissen, insbesondere Arten- und Biotopschutz, Vermeidung von Folgekosten (z.B. Pflegemaßnahmen), Einbindung der von den Veränderungen betroffenen Interessengruppen

#### ● Entwicklung differenzierter Zielwerte

Qualitative und quantitative Zielwerte (realistische oder theoretisch-optimale Soll-Werte) für die umzugestaltenden Teilgebiete bzw. für festgelegte Flächen oder Biotope, z.B.:

- Wasserqualität, Tier- und Pflanzengemeinschaften in bestimmten Fließgewässerabschnitten
- Lage, Größe und Ausprägung von Verlandungszonen
- Tier- und Pflanzengemeinschaften und Nährstoffsituation im Erlenbruchwald

#### ● Erfassung/Bewertung des Ist-Zustandes vor Beginn der Maßnahmen

- Erfassung und Lokalisierung der Ressourcenpotentiale: Ermittlung bodenkundlicher, nährstoffökologischer, gewässerchemischer, floristischer, vegetationskundlicher, faunistischer Daten sowie des Samenbankpotentials
- Bewertung des Ist-Zustandes anhand der unterschiedlichsten „Messparameter“, d.h. Abgleich der Ist-Werte mit den vorher festgelegten Soll-Werten
- Vorschläge für geeignete Ankaufs- bzw. Pachtflächen

#### ● Korrektur der Zielwerte

- Überprüfung der ursprünglich gesetzten Zielwerte im Hinblick auf „realistische Zielsetzung“ unter Zugrundelegung des Ist-Zustandes
- Entwicklung von Szenarien und Prognosen unter verschiedenen Rahmenbedingungen
- Abschätzung der zu erwartenden „Kurskorrekturen“
- Änderung der Zielwerte bei auftretenden Schwierigkeiten bei Ankauf/Pacht

#### ● Planerische Umsetzung und technische Durchführung der Maßnahmen

Wissenschaftliche Begleitung mit der Möglichkeit zum Korrekturingriff sowohl bei planerischer Umsetzung als auch bei Durchführung der Gestaltungsmaßnahmen („Ökologen an den Bagger!“)

#### ● Kontinuierliche Bewertung des Zustandes im Anschluß an die Maßnahmen

Datenerhebungen und Bewertungen in bestimmten Entwicklungsphasen, ggf. Vorschläge für korrigierende Eingriffe zur Annäherung an das gewünschte Entwicklungsziel

#### ● Erfolgskontrolle nach mehreren Jahren

„vorläufige“ Endbewertung der Renaturierungsmaßnahmen

*Konzeptioneller Rahmen und zeitlicher Ablauf im E+E-Vorhaben Lingen/Ems*



Die zur Renaturierung vorgesehene Agrarlandschaft im Raum Lingen/Ems, Zustand 1990 (Bild oben). Entwicklungsziele sind u.a. die Schaffung von Feuchtbiotopen mit Stillgewässern (Beginn der Maßnahme im Frühjahr 1992; Bild oben rechts) und die Wiedervernässung von Erlenbruchwäldern (unten links: letzter Rest eines naturnahen, feuchten Waldes; unten rechts: degeneriertes Stadium mit zerstörter Torfschicht)



anhand eines gesamtökologischen Entwicklungskonzeptes renaturiert werden, um so die Lebensbedingungen für Flora und Fauna in diesem Landschaftsausschnitt nachhaltig und dauerhaft zu verbessern. Durch verschiedene naturnahe Gewässerbaumaßnahmen soll außerdem ein Beitrag zum Hochwasserschutz (Schaffung natürlicher Überflutungsflächen) geleistet sowie eine Verbesserung der Gewässergüte (optimierte natürliche Bedingungen für den Nährstoffabbau) erzielt werden.

Konkretes Ziel des Vorhabens ist die punktuelle „Wiederherstellung“ von ehemals für das Gebiet charakteristischen Landschaftselementen, d.h. die Schaffung bzw. Initiierung sowie Vernetzung naturbetonter Biotope und ihrer Sukzessionsstadien (Niedermoore, nasse Erlenbruchwälder, größere Stillgewässer, unverbauete Fließgewässer, umfangreiche Heckensysteme). Ansatzpunkte für die Entwicklungsziele und Ausgangspunkte für die Maßnahmen bilden vor allem die in Fragmenten erhalten gebliebenen Reste naturnaher Landschaftselemente, die allerdings nur noch etwa 1 % der Gesamtfläche ausmachen. Im Rahmen der auf mehrere Jahre angelegten wissenschaftlichen Begleituntersuchung soll geprüft werden, inwieweit durch das geplante Maßnahmenbündel und die ökologische Aufwertung eines Flächenanteils von dann ca. 12 % eine nachhaltige Verbesserung der ökologischen Gesamtsituation erreicht werden kann.

An dem Projekt sind neben Landschaftsplanern zahlreiche Wissenschaftler der verschiedensten Fachrichtungen beteiligt (Botaniker, Zoologen, Bodenkundler, Gewässeranalytiker). Die planerischen Aspekte werden von den Oldenburger Firmen ARSU GmbH und NWP GmbH (Dr. H. Straßer und Mitarbeiter) vertreten, die wissenschaftliche Begleitforschung wird von

zwei Arbeitsgruppen an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg durchgeführt, der AG Terrestrische Ökologie (Leitung: Prof. P. Janiesch) und der AG Ökochemie (Leitung: Prof. D. Schuller). Die Finanzierung erfolgt durch Mittel des Bundesumweltministeriums, des Landes Niedersachsen sowie des Landkreises Emsland und der Stadt Lingen/Ems.

### Ökologischer Rückbau mit einem Zielkonzept

Renaturierung im Sinne von „perspektivischem Naturschutz“ setzt konkrete landschaftsräumliche Zielvorstellungen voraus. Diese Zielvorstellungen sind abhängig von allgemeinen gesellschaftlichen Wertvorstellungen und politischen Rahmenbedingungen. In die öffentliche Meinung über Naturschutz gehen neben ästhetischen, religiösen und ethischen Motiven zwar auch bestimmte Erfahrungen der wissenschaftlichen Ökologie ein, diese kann aber - da sie keine normative Disziplin ist - nur Zielvorstellungen entwickeln und die Folgen in Form von Szenarien und Prognosen darstellen; die Entscheidung fällt dann aber letztlich im „ökopolitischen Raum“.

Den Ausgangspunkt für die Planungsziele des hier geschilderten Projektes bildet die Annahme, daß durch die in den letzten Jahrzehnten erfolgten, z.T. gravierenden anthropogenen Maßnahmen der ehemalige, vor allem durch Feuchtgebiete geprägte Charakter des Gebietes zwar sehr stark verändert, aber nicht völlig umgewandelt wurde, so daß ein teilweiser „Rückbau“

möglich sein muß. Im Zentrum stehen eine Reihe von konkreten Umgestaltungsmaßnahmen, anhand derer eine gezielte und steuerbare "Restrukturierung und Reaktivierung" der ehemals für den Naturraum charakteristischen Landschaftselemente vorgenommen werden soll.

Die Entwicklungsziele lehnen sich weitgehend an einen historischen Zustand an, wie er vor etwa 50 Jahren im betreffenden Gebiet vorzufinden war. Es sind realistische, den übergeordneten Naturschutzprämissen angepaßte Ziele, die hinsichtlich der finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen als akzeptable Kompromißlösung angesehen werden können. Die ökotechnischen Gestaltungsmaßnahmen und Nutzungsänderungen werden konzentriert auf 7 Teilgebiete mit Flächengrößen zwischen 3 und 40 ha.

Die langfristige Umnutzung wird durch Ankauf der Flächen durch öffentliche Träger sichergestellt. Wesentliche Voraussetzung für den Erfolg solcher Naturschutzmaßnahmen ist die Akzeptanz durch die von den Veränderungen betroffene Bevölkerung, in diesem Fall vor allem die ansässigen Landwirte. Soweit möglich, wurden seit Beginn des Projektes alle in Frage kommenden Interessengruppen und Verbände in die Planungen mit einbezogen.

## Die Erfassung des Ist-Zustandes

Um die Planungen zu konkretisieren und den Erfolg der Umgestaltungsmaßnahmen bewerten zu können, ist zunächst die Erfassung des Ausgangszustands nötig. Dies erfordert bei komplexen Systemen die Anwendung eines breiten Methodenspektrums. Vor Beginn der Gestaltungsmaßnahmen wurden von 1989-91 detaillierte Daten zur aktuellen Vegetation, zur Fauna, zum Samenpotential sowie zur Nährstoffsituation in Pflanzen und Böden erhoben und analysiert.

## Kartierung von Nutzungsstruktur und Vegetation

Grundlage für die konkrete Landschaftsplanung bildete die Erfassung der Nutzungsstruktur des Gebietes. Fast 60% der Fläche werden als Ackerland genutzt, zwei Drittel davon zum Maisanbau. Auch die Grünlandbereiche (21%) sind großenteils angesät und werden intensiv gedüngt. Die Hecken und Wallhecken wurden in den letzten 50 Jahren um 60 Prozent reduziert, die ehemals feuchten Erlenbrüche durch Entwässerung massiv gestört. Das Gewässersystem wurde hydraulisch gestaltet, natürliche offene Wasserflächen verschwanden völlig.

Die Vegetationskartierung bildet die Basis für die Beschreibung von Veränderungen und die Beurteilung des Erfolgs der Maßnahmen. Anhand einer detaillierten Erfassung des floristischen Arteninventars und der Analyse der Artengemeinschaften lassen sich Rückschlüsse auf das Besiedlungspotential ziehen.

Es zeigte sich, daß auf zum Teil nur wenige hundert Quadratmeter großen Restflächen noch eine Reihe von Arten vorhanden sind, die als charakteristisch für die ehemals großflächig vorhandenen Niedermoor- und Feuchtwiesenbereiche gelten können. Insgesamt konnten im Untersuchungsgebiet 268 Pflanzenarten nachgewiesen werden, darunter auch Populationen gefährdeter Arten, z.B. des Gefleckten Knabenkrauts (*Dactylorhiza maculata*) und der Arnika (*Arnica montana*). Die Arealausweitung dieser und anderer bedrohter Arten ist ein Ziel der Renaturierungsmaßnahmen.

## Nährstoffökologische Untersuchungen

Als wesentliche Ursache für den dramatischen Artenrückgang der letzten Jahrzehnte muß heute die zunehmende Eutrophierung (Übersorgung mit Dünger u.a.) der Landschaft - verbunden mit zum Teil extremer Entwässerung - angesehen werden. Daher sind nährstoffökologische Untersuchungen für die Benennung von Nährstoff-Zielgrößen und als Erfolgskontrolle für die Wirksamkeit von Renaturierungsmaßnahmen unabdingbar.

Entscheidende Standortfaktoren sind die Stickstoff-Mineralisation sowie Ammonium- und Nitratgehalte, so daß die Stickstoffumsätze im Verlauf eines Jahres als Kennzahlen für Renaturierungsplanungen eingesetzt werden können. Die Stickstoffumsätze in den Böden der Erlenbruchfragmente des Untersuchungsgebietes zeigen deutlich die starke Störung fast aller Standorte. Nur in zwei Fällen konnten typische niedrige Mineralisationsraten von 30-60 kg N pro Jahr und Hektar in den Böden nachgewiesen werden, während in den übrigen Waldresten Umsätze von z.T. mehr als 200 kg N auftraten, die langfristig zu einer Zerstörung der Torfe führen. Erhebliche Einträge an Stickstoff aus landwirtschaftlichen Flächen konnten ebenfalls nachgewiesen werden. Dabei ist die Exposition eines Waldstücks zu angrenzenden Ackerflächen von Bedeutung. So konnten im Verlauf eines Jahres in den Böden eines Waldes, der Äckern zugewandt ist, maximal lösliche Mineral-N-Gehalte von fast 600 mg pro 1000 ccm gemessen werden, während im inneren Waldbereich die Gehalte auf 60 mg absanken.

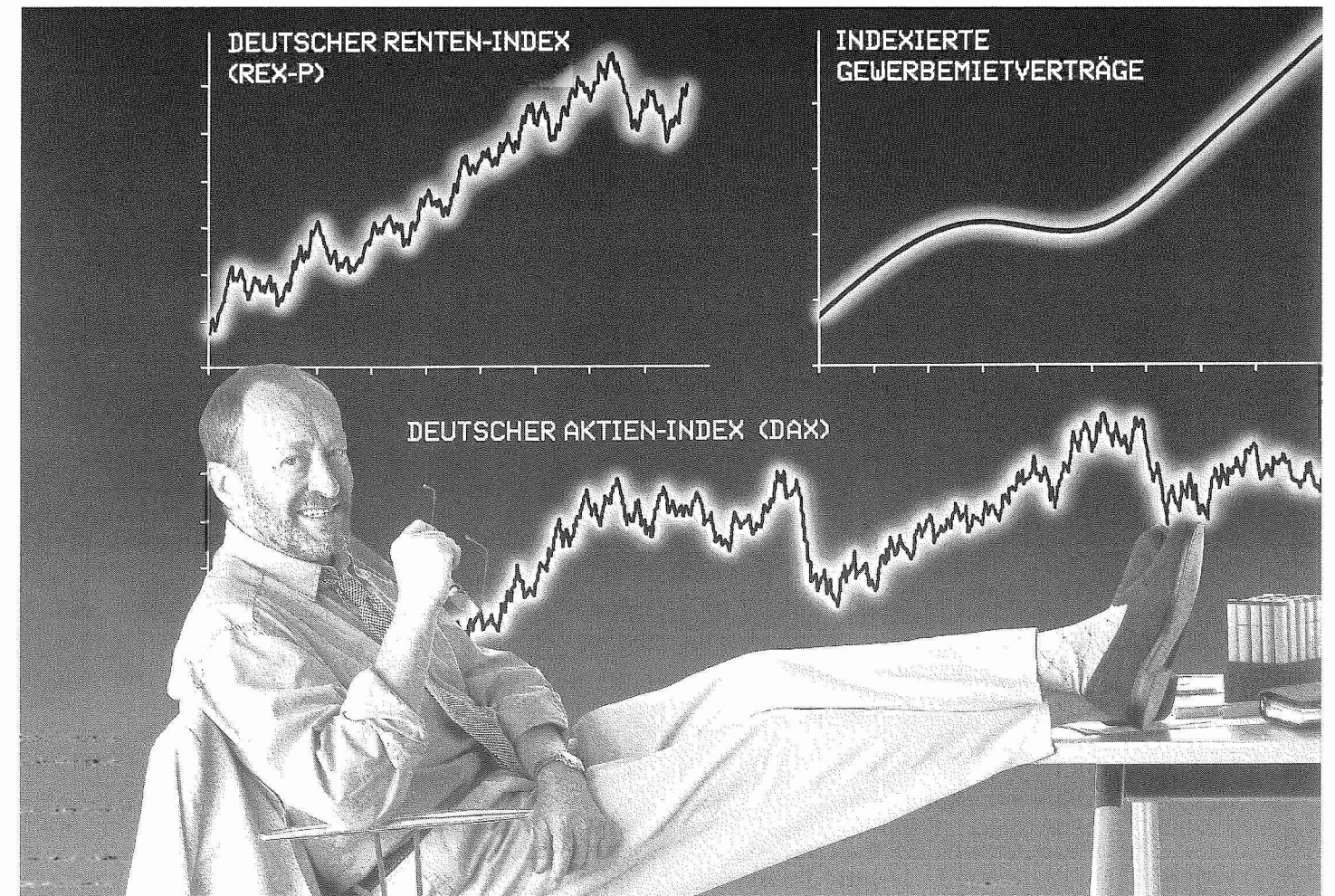
Hohe Nährstoffmengen gefährden auch Verlandungsgesellschaften und Moorwiesen. Untersuchungen zur oberirdischen Biomasseproduktion ergaben auf den für die Renaturierung vorgesehenen Flächen eine hohe Produktivität von 8 bis 12 Tonnen pro Jahr und Hektar. Zur Stabilisierung der vorhandenen naturnahen Vegetationsreste und zur Ansiedlung natürlicher Pflanzengesellschaften sind daher gezielte Managementmaßnahmen, z.B. Nährstoffentzug durch Mahd oder Beweidung, notwendig.

## Die Aktivierung von Samenbanken

Samenbanken im Boden resultieren aus der jährlichen Produktion von Diasporen, die nicht sofort keimen, sondern in den Boden eingewaschen werden oder durch Tiere in tiefere Bodenschichten gelangen können. Solche Diasporen können über Jahrzehnte keimfähig bleiben und unter günstigen Bedingungen keimen. Dabei können die Diasporen nicht allein aus der aktuellen Flora stammen, sondern überdauern, wenn die Pflanzen, von denen sie abstammen, längst abgestorben sind. Insbesondere organische Bodenhorizonte wie Niedermoorreste, die übersandet wurden oder durch Pflügen in tiefere Bodenschichten gelangen, enthalten auch unter Ackerflächen eine Vielzahl von Diasporen von Arten, die heute in der aktuellen Flora an dieser Stelle nicht mehr vertreten sind. Durch Nachweis von noch aktiven Samenbanken läßt sich einmal die ehemalige Vegetation dieses Raumes rekonstruieren, und zum anderen können diese Bodenschichten durch Aufbringung auf Brachflächen zur natürlichen Besiedlung mit Wildarten eingesetzt werden.

Für den Nachweis aktiver Samenbanken wurde Bodenmaterial von verschiedenen Probestellen aus verschiedenen Bodentiefen im Gewächshaus in Pflanzschalen ausgebracht und die sich darauf entwickelnden Pflanzen bestimmt. Es konnten

LZO



# WO ES BOOMT, SIND SIE DABEI

SparkassenFonds, das heißt für Sie:

- chancenreiche Geldanlage durch breite Anlagestreuung
- professionelles Management
- bequem und flexibel

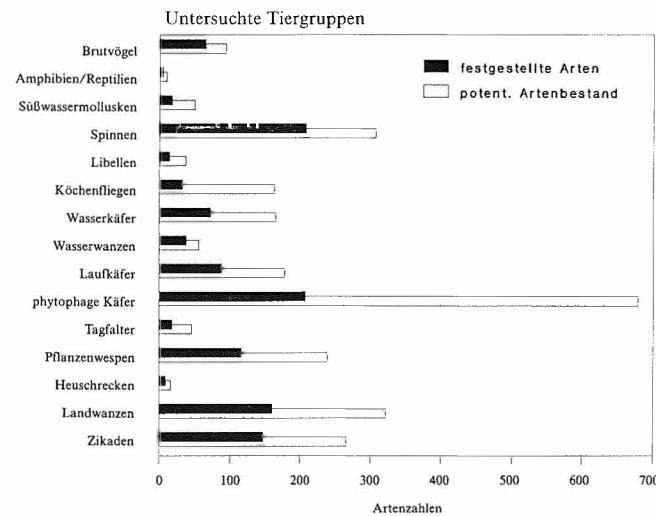
SPARKASSENFONDS  
DAMIT IHR GELD  
INTELLIGENT ARBEITET

Die Kundenberater der LzO informieren Sie gern über die Aktien-, Renten- und Immobilienfonds von der DekaDespa und Deka International. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

SEIT  
1786

Landessparkasse zu Oldenburg  
Die Erste im Oldenburger Land





Faunistischer Ist-Zustand: Artenzahlen der im Planungsgebiet 1989-91 untersuchten Tiergruppen; zum Vergleich die jeweiligen potentiellen Artenbestände (entspr. des angestrebten landschaftsräumlichen Zielwertes)

viele Arten der Röhrichtgesellschaften, Kleinseggenrieder und Feuchtwiesen nachgewiesen werden, die heute an den Probestellen nicht mehr vorkommen. Diese aktiven Samenbanken belegen, daß in dieser Landschaft früher Verlandungsgesellschaften, Moortwiesen und Bruchwälder offensichtlich einen breiten Raum eingenommen haben und damit ein erstaunliches Potential für ein geschlossenes Bruchwaldgebiet, verbunden mit Verlandungsgesellschaften vorhanden ist. Selbst auf intensiv genutzten Maisäckern lassen sich, nachdem sie aus der Nutzung genommen sind, Samenbanken aktivieren.

### Die Fauna

Die Auswahl einer möglichst großen Zahl von Tiergruppen für das Untersuchungsprogramm sollte gewährleisten, daß die Beschreibung und Bewertung des Ist-Zustandes unter den verschiedensten Gesichtspunkten an einer möglichst breiten "Meßpalette" durchgeführt werden kann. Aus der Gruppe der Wirbeltiere wurden Amphibien, Reptilien und Brutvögel, aus der Gruppe der Wirbellosen 13 Tiergruppen (5 aquatische, 8 terrestrische) ausgewählt. Die Artenfülle machte eine Aufteilung auf insgesamt 7 Bearbeiter notwendig.

Bestandsinventarisierungen wurden auf verschiedenen Raum-Bezugsebenen durchgeführt (gesamtes Planungsgebiet - Teilgebiete - Biotop innerhalb der Teilgebiete - Flurstücke/Probeflächen). Es wurden verschiedene Methoden angewendet: flächendeckende Kartierung bei den Wirbeltieren, flächendeckender Sichtfang bei bestimmten Insektengruppen, punktuelle Erfassungen durch Streiffang und Bodenfallen, punktuelle Erfassungen in aquatischen und semiaquatischen Lebensräumen, Lichtfang. Insgesamt wurden über 1200 Tierarten nachgewiesen, darunter mehr als 80 allgemein seltene oder gefährdete Vertreter.

Die Analyse der derzeitigen Artenbestände ergibt, daß in den wenigen und nur noch sehr kleinflächig vorhandenen naturnahen Fragmenten für fast alle Tiergruppen hohe Artenpotentiale vorhanden sind; punktuell sind Artenzusammensetzungen zu finden, die für den Naturraum und seine Biotop charakteristisch sind. Für die faunistisch-ökologische Bewertung des Gebietes wurde ein Verfahren entwickelt, das quantitative und flächenbezogene Werturteile liefert. Für die naturnahen

Teilgebiete ergeben sich Werte von 2.5 bis 3.9 (bei einer Skala von 1-sehr schlecht bis 7-sehr gut); die Werte für die Grünland- und Ackerflächen sind z.T. deutlich niedriger (zwischen 2.4 und 1.5). Die durchweg niedrigen Bewertungsergebnisse, vor allem der landwirtschaftlich genutzten Flächen, rechtfertigen einen akuten Handlungsbedarf in bezug auf eine nachhaltige Verbesserung des derzeitigen Zustandes.

### Schlußbetrachtung

Einem ganzen Naturraum mit vielen verschiedenen Landschaftselementen in die Renaturierung einzubeziehen und miteinander zu vernetzen und nicht nur einzelne relativ isolierte Landschaftselemente umzugestalten, macht das Neue und den Reiz dieses Projekts aus. Die ersten 4 Projektjahre haben gezeigt, wo die Möglichkeiten und wo die Grenzen liegen, wenn Landschaftsplaner mit guten Ideen und Praxiserfahrung, Wissenschaftler mit speziellem Fachwissen, Betroffene mit unterschiedlichen Interessen sowie Geldgeber mit Wohlwollen gemeinsam ein Naturschutz-Langzeitprojekt durchführen. Das Fazit fällt von unserer Seite durchweg positiv aus, und wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Beteiligten für die kooperative Zusammenarbeit bedanken. Wir glauben, daß durch die vielen gegenseitig befruchtenden Gespräche ein konsensfähiger Kompromiß zwischen den Interessen der Landwirtschaft und den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege zustande gekommen ist.

Mit den ersten landschaftsgestaltenden Arbeiten wurde 1992 begonnen. In diesem Jahr sollen weitere Maßnahmen durchgeführt werden, so daß die Gestaltungsphase voraussichtlich 1994 abgeschlossen werden kann. Als Wissenschaftler, denen ein Projekt nach 4 Jahren „ans Herz gewachsen“ ist, hoffen wir außerdem auf das weitere Wohlwollen der Geldgeber: Renaturierung als zielorientiertes Handlungskonzept erfordert nicht nur Geduld, Kompromißbereitschaft und ein gehöriges Maß an Idealismus, sondern auch Geldmittel, die als notwendige Investitionen für die Zukunft angesehen werden müssen.

### Die Autoren



Prof. Dr. Peter Janiesch (51), Leiter der Arbeitsgruppe Pflanzenökologie am Fachbereich Biologie und Direktor des Botanischen Gartens, erhielt 1982 den Ruf nach Oldenburg. Seine wissenschaftliche Laufbahn hatte er als Assistent am Institut für Angewandte Botanik in Münster begonnen. Dort habilitierte er sich auch 1981. Seine Forschungsschwerpunkte: Mineralstoffhaushalt höherer Pflanzen mit dem Schwerpunkt Stickstoffhaushalt, Ökologie und Physiologie der Überflutungstoleranz. Rüdiger von Lemm, Diplom-Ingenieur und -Biologe (rechts), studierte Photoingenieurwesen in Köln und Biologie in Oldenburg. Der Doktorand ist Spezialist für Salzwiesenökosysteme und Renaturierung von Feuchtgebieten. Dr. Rolf Niedringhaus (links) studierte Biologie in Oldenburg und promovierte 1991 in der Zooökologie mit einer Arbeit über isolierte Tiergemeinschaften. Seit 1989 koordiniert er die zoologischen Arbeiten im Projekt. Forschungsschwerpunkte sind Inselbiogeographie, Urbanökologie und Ökologie bestimmter Insektengruppen.



WO WÄCHST  
ELEFANTENGRAS?

IN OLDENBURG!  
WO SONST?



HÄTTEN SIE DAS GEDACHT? ES WIRD HIER "HERGESTELLT". ELEFANTENGRAS, MISCANTHUS GIGANTEUS, IST EINE PFLANZE, DIE ALS SCHNELL NACHWACHSENDER ROHSTOFF ZUR ENERGIEGEWINNUNG, ZUR HERSTELLUNG VON SPANPLATTEN ODER ALS ERSATZ FÜR DEN KUNSTSTOFF STYROPOR VERWENDET WERDEN KANN. GROSSFLÄCHIGER ANBAU KANN ZUR NUTZUNG VERSTEPPTER BÖDEN UND ZUM SCHUTZ VOR EROSION BEITRAGEN. MINIMALER DÜNGEREINSATZ SCHÜTZT DAS GRUNDWASSER.

ZUM MASSIVEN EINSATZ DES ELEFANTENGRASES IM UMWELTSCHUTZ MUSS DAS PFLANZENMATERIAL IN KÜRZESTER ZEIT UND GROSSEN MENGEN HERANGEZOGEN WERDEN. PICCOPLANT IN OLDENBURG IST MIT DER FORTSCHRITTLICHEN TECHNOLOGIE DER MIKROVERMEHRUNG IN DER LAGE, DIESEN ANFORDERUNGEN NACHZUKOMMEN.

SO PRODUZIERT PICCOPLANT SCHNELLER ALS NATUR UND HERKÖMMLICHE ANBAUTECHNIKEN ES LEISTEN KÖNNTEN UND IN EINER GÜTE, DIE SICH BEISPIELSWEISE BEI RHODODENDREN, DIE AN BAUMSCHULEN GELIEFERT WERDEN, DURCH OPTIMALE DURCHWURZELUNG UND REICHER VERZWEIGUNG AUSZEICHNET. MIKROVERMEHRTE PFLANZEN SIND PHYSIOLOGISCH JUNG UND VERGREISEN LANGSAMER.

MIT DIESER TECHNOLOGIE IST PICCOPLANT, ÜBER DIE LIEFERUNG FÜR GARTEN, BEET UND BALKON HINAUS, IN DER LAGE, AUFTRAGSARBEITEN FÜR INDUSTRIE UND ÖFFENTLICHE HAND ZU ÜBERNEHMEN. ZUR ZEIT WERDEN BEI UNS DAS FORSCHUNGSVORHABEN "SELEKTION AUF ERHÖHTE KÄLTETOLERANZ" UND EIN EG-PROJEKT ZUR SCHNELLEN VERMEHRUNG HEIMISCHER HÖLZER, DIE BEI DEN FURNIEREN ALS ERSATZ FÜR TROPENHÖLZER DIENEN, DURCHFÜHRT.

PICCOPLANT IST PRAKTIZIERTER TECHNOLOGIETRANSFER ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT. PICCOPLANT IST HIGH-TEC AUF DER GRÜNEN WIESE. PICCOPLANT IST UMWELTSCHUTZ. WIR ZEIGEN ES IHNEN GERN!

**piccoplant**  
Mikrovermehrungen GmbH  
Brokhauser Weg 75  
2900 Oldenburg  
Telefon 0441 / 69202  
Telefax 0441 / 69204

## Staatsziele und soziale Grundrechte im Grundgesetz

Die Verfassungsdiskussion nach der deutschen Vereinigung

von Dieter Sterzel

Mit der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 in den Grenzen von 1990 durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gemäß Art. 23 GG vollzogen worden ist, gilt die Verfassung der alten Bundesrepublik in den neuen Ländern im vollen Umfang, sofern nicht Übergangsregelungen Anwendung finden. Einzeländerungen des Grundgesetzes bedürfen gemäß Art. 79 Abs. 2 GG einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat.

Gleichzeitig besteht aber nach dem Beitritt der DDR der Verfassungsauftrag des Art. 146 GG weiterhin fort; die beitriffsbedingte Neufassung dieser 1949 geschaffenen Wiedervereinigungsklausel des Grundgesetzes bekräftigt ihn sogar, wenn es heißt: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Bundestag und Bundesrat haben in Erfüllung des Einigungsvertrages und von Art. 146 GG einen gemeinsamen Verfassungsausschuß eingesetzt, der bis zum 31. März 1993 Vorschläge zur Änderung des Grundgesetzes vorlegen soll. Auch wenn sich unsere Verfassung in der Konstruktion ihres demokratisch-parlamentarischen Konstitutionalismus in einer über 40jährigen Tradition im großen und ganzen und unbeschadet einer Vielzahl von weitreichenden Verfassungsänderungen und einer nicht geringen Zahl von Verfassungsverstößen bewährt hat, erweist sich eine Modernisierung des Grundgesetzes als erforderlich. Die neue gesamtdeutsche Verfassung müßte die freiheitlichen, demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Versprechen des Grundgesetzes schärfer fassen und durch eine Reihe neuer Bestimmungen in wichtigen Punkten ergänzen. Auch in ökologischer Hinsicht ist dem heutigen verfassungspolitischen Problembewußtsein Rechnung zu tragen.

### Loyalitätsbindung durch Volksabstimmung

Am Schluß der Verfassungsberatung ist dem Volk zur Wahrnehmung seiner verfassungsgebenden Gewalt die Möglichkeit zu geben, in einer Volksabstimmung über die Verfassung als Ganzes zu befinden. SPD, FDP, Bündnis 90, die Grünen und PDS befürworten nachdrücklich ein solches Plebiszit über die Verfassung. CDU/CSU verweigern diesem Weg ihre Zustimmung mit dem Argument, daß es weder rechtlich noch politisch eine Notwendigkeit für ein Verfassungsreferendum gebe und einzelne Verbesserungen in dem vom Grundgesetz in Art. 79 vorgesehenen Verfahren verabschiedet werden könnten. Dabei wird nicht nur die Intention des Art. 146 neuer Fassung verkannt, der von der freien Entscheidung des deutschen Volkes und gerade nicht seiner Verfassungsorgane spricht, sondern auch, daß sich nur so ein breiter Konsens über die Ausgestaltung der Grundla-

gen unseres Gemeinwesens herstellen läßt. In dem mit einem Referendum verbundenen öffentlichen Reflexionsprozeß ließe sich „die Bedeutung des historischen Akts der Konstituierung Deutschlands als Staatsbürgernation“ (Habermas) sinnfällig zum Ausdruck bringen.

Wie notwendig die durch ein Verfassungsreferendum bewirkte Legitimation der Verfassungsordnung des freiheitlich demokratischen Rechts- und Sozialstaats für die reorganisierte Bundesrepublik ist, zeigt die Zuspitzung des durch die Vereinigung erzeugten politischen und sozialen Konfliktpotentials. Die durch den urdemokratischen Akt der Verfassungsgebung erzeugte demokratische Loyalitätsbindung der Bürgerinnen und Bürger an ihre Verfassung liegt vor allem auch im Interesse ihrer zukunftsreichen Legitimationskraft. Sie stellt im Hinblick auf nicht mehr von der Hand zu weisende mögliche Gefährdungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung von rechts eine Form positiven Verfassungsschutzes dar.

Auch wenn in der gegenwärtig geführten Verfassungsdebatte die Änderung des Art. 16 Abs. 2 GG (Asyl) und die Ermöglichung des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der UNO im Blickpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung stehen, verdient die Frage, ob eine neue Staatszielbestimmung zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und soziale Grundrechte zum Schutz von Arbeit, Wohnen und sozialer Sicherheit in das Grundgesetz aufgenommen werden sollen, ein mindestens gleich starkes verfassungspolitisches Interesse.

### Bedeutung der Verfassung

Die verfassungsrechtliche Bedeutung von Staatszielbestimmungen läßt sich nur vom Geltungsgrund moderner Verfassungen aus bestimmen. Verfassungen in demokratisch-verfaßten Gesellschaften sind darauf angelegt, ein Ordnungssy-

#### Abstract

*The Bonn Basic Law comprises governmental target regulations which lay down the fundamental structure of our political order. They constitutionally define the objectives for the Federal Republic's forward planning. Especially the governmental target regulation environmental protection to be entered into the Bonn Basic Law as well as social rights which in their effects can be equated with state targets could effectuate that political protagonists try more intensively to solve the social tensions and conflicts occurring in these political fields.*

stem für die Herrschaftsorganisation des Staatswesens festzulegen, um so den gesellschaftlichen Frieden zu sichern. Im Prinzip der Volkssouveränität begründet, zielen sie darauf ab, die öffentliche Gewalt so zu organisieren und auch zu kontrollieren, daß der Freiheitsanspruch der Bürger und Bürgerinnen in optimaler Weise verwirklicht werden kann. Sie bilden eine normative Richtschnur für das gesamte staatliche Handeln und ermöglichen damit, daß dieses einer wirksamen, d.h. letztendlich auch gericht-



*Der Schutz der Umwelt und der sozialen Rechte - wie das Recht auf Arbeit - sind für den Erhalt der Gesellschaft und die Freiheit des Einzelnen von größter Bedeutung. Deshalb gehören sie als Staatsziele in eine Verfassung, die in einer Volksabstimmung verabschiedet werden muß. Dieser urdemokratische Akt ist angesichts des durch die Vereinigung ausgelösten politischen und sozialen Konfliktstoffes besonders notwendig.*



lichen Kontrolle unterworfen werden kann. Dementsprechend verfolgt das Grundgesetz im wesentlichen zwei scheinbar divergierende Zwecke: Zum einen soll es politische Macht begrenzen und die Kontrolle der staatlichen Gewalten institutionalisieren, zum anderen aber auch die Handlungsfähigkeit des Staates gewährleisten und seine Entscheidungen als vom Volkswillen abgeleitet legitimieren (Art. 20 Abs. 2 GG).

Zusätzlich will eine Verfassung als ein politisches Manifest mit regulativer Wirkung der künftigen Entwicklung einer Gesellschaft die Richtung weisen. Sie bildet durch ihre Grundaussagen die Voraussetzungen dafür, Verständigungsprozesse über die Beilegung von Zielkonflikten über die Zukunftsgestaltung demokratisch zu organisieren.

### Die besondere Funktion von Staatszielen

Die mit einer Verfassung verfolgte zweifache Absicht, die politische Entscheidungsgewalt der staatlichen Instanzen rechtlich einzubinden und auf Leitideen hin zu verpflichten, erklärt den Sinn und die Notwendigkeit von Staatszielbestimmungen in einer Verfassung. Ihre Regulierungsfunktion liegt darin, hinsichtlich der für den Zusammenhalt einer Gesellschaft und für ihre Zukunftsgestaltung existentiell bedeutsamen Fragestellungen allgemein verbindliche Zielvorstellungen in der Form von Verfassungsdirektiven zu benennen. Von ihrer rechtlichen Qualität binden die zentralen Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes - das Demokratie-, Rechtsstaats-, Sozialstaats- und Bundesstaatsgebot des Art. 20 GG - deshalb grundsätzlich alle Staatsorgane.

### Schutz der Umwelt als Staatsziel

Die Aufnahme einer Staatszielbestimmung „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Umwelt“ ist in Anbetracht des bedrohlichen Ausmaßes der ökologischen Krise dringend geboten. Denn durch die ausdrückliche verfassungsrechtliche Anerkennung eines Schutzanspruchs der nichtmenschlichen Natur wird der Handlungsdruck auf Legislative und Exekutive erhöht, die überfällige ökologische Neuorientierung unserer Rechtsordnung einzuleiten.

Auch wenn es primär keine Rechtsfrage ist, wie sich die politischen, ökonomischen und kulturellen Entscheidungsprämissen einer industriellen Gesellschaft in ihrem Verhältnis zur Natur verändern lassen, so erscheint die juristische Fixierung neuer Zielvorstellungen im Umgang mit der Natur unerlässlich, um der anthropozentrischen Vereinseitigung unseres gesamten Rechtssystems ein Gegengewicht entgegenzusetzen zu können. Eine Verfassungsbestimmung, die wie Art. 39 Abs.3 der neuen brandenburgischen Verfassung das Gebot ausspricht: „Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet. Art und artgerechter Lebensraum sind zu erhalten und zu schützen“, würde den eigenständigen Schutzanspruch der nichtmenschlichen Natur anerkennen und könnte damit die Garantenstellung des Menschen im Verhältnis zur Natur deutlich verbessern. Auch der von der Verfassungskommission vorgeschlagene neue Art. 20a GG „Die natürlichen Lebensgrundlagen stehen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung unter dem Schutz des Staates“ weist in die richtige Richtung, ist aber im Sinne der Formulierung des brandenburgischen Verfassungsartikels ergänzungsbedürftig.

Z war würde ein in der Verfassung verankertes Staatsziel „Schutz der Umwelt“ keine unmittelbar einklagbaren Rechte im Namen und zugunsten der Natur begründen können (dies unterscheidet Staatsziele von den Grundrechten), aber als normative Richtlinie beinhaltet sie eine Verpflichtung für den Gesetzgeber, den Schutz der nichtmenschlichen Natur einfachgesetzlich durch Verfahrensrechte und materielle Schutzbestimmungen sicherzustellen. Als von Verwaltung und Rechtsprechung zu beachtende Abwägungs- und Auslegungsrichtlinie kann sie zudem bei der Auslegung des Grundgesetzes wie bei der Auslegung anderer Gesetze von entscheidender Bedeutung sein.

W eil Staatszielbestimmungen aber als Auslegungsrichtlinie bei der Anwendung grundrechtsgestaltender Regelungen keine Beschränkung von Grundrechten rechtfertigen können, sollte ergänzend zu einer Staatszielbestimmung „Umwelt“ die bereits bestehende Sozialbindung des Eigentums in der Weise erweitert werden, daß der Mensch bei der Wahrnehmung seiner Eigentumsrechte aus Art. 14 GG auch dem Schutz der Natur Rechnung zu tragen hat.

## Recht auf Arbeit, Wohnung und soziale Sicherheit

E s ist erstaunlich genug, daß im Unterschied zu den Landesverfassungen der Schutz der Arbeit im Grundgesetz ein Schattendasein führt und die soziale Dimension der Existenzsicherung unmittelbar überhaupt nicht angesprochen wird. Dies um so mehr, als Arbeit für den einzelnen identitätsstiftende Bedeutung hat und Arbeit als gesellschaftliche Kategorie für die Fortexistenz und Fortentwicklung der Gesellschaft die Schlüsselrolle einnimmt.

Für die ausdrückliche verfassungsrechtliche Anerkennung sozialer Grundrechte, wie das Recht eines jeden auf Arbeit, Wohnung und soziale Sicherheit, spricht, daß der damit verfolgte Zweck, die Existenzsicherung des einzelnen als Staatsaufgabe anzuerkennen, ohne jeden Zweifel bereits heute aus dem Sozialstaatsgebot abzuleiten ist. Daß die Fürsorge für Hilfsbedürftige „zu den selbstverständlichen Pflichten des Sozialstaats gehört“, ist vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich anerkannt. Ebenso, daß aus der sozialstaatlich vom Grundgesetz aufgegebenen Pflicht zur Daseinsvorsorge sich die Verpflichtung des Staates ergibt, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

S oziale Grundrechte, die in ihrer rechtlichen Funktion Staatszielbestimmungen vergleichbar sind, haben mit diesen gemeinsam, daß sie gleichfalls keine einklagbaren Rechtspositionen vermitteln. In die Form eines Grundrechts gekleidet, zielen sie auf staatliche Leistungen ab, deren Verteilung in das politische Handlungsmessens des (Haushalts-) Gesetzgebers gestellt ist. Das Parlament hat bei seinen Entscheidungen einerseits die sich aus der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG ergebenden Verpflichtungen und andererseits die grundrechtlich geschützten Freiheiten Dritter, z.B. der Unternehmer bezüglich der unternehmerischen Handlungsfreiheit und der Freiheit des Arbeitsmarktes ((Art. 2 Abs. 1 GG) sowie der Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG), zu beachten.

F ür das Recht auf Arbeit ergibt sich daraus, daß ein solches soziales Grundrecht weder einen einklagbaren Anspruch auf Arbeit noch auf Bereitstellung eines bestimmten Arbeitsplatzes zu begründen vermag. (Dies gilt in gleicher Weise für das Recht auf Wohnung.) Umgekehrt kann für den einzelnen auch kein Zwang zur Übernahme einer bestimmten Arbeit begründet werden, wie im übrigen Art. 12 Abs. 2 GG ausdrücklich klarstellt. Durch die Aufnahme eines Rechts auf Arbeit ins

Grundgesetz würde aber die bestehende sozialstaatliche Verpflichtung des Staates, seine Haushaltswirtschaft an den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu orientieren (Art. 109 Abs. 2 GG), bezüglich der von ihm zu verfolgenden Konjunktur- bzw. Beschäftigungspolitik bereichsspezifisch präzisieren.

D ie CDU/CSU hat in den Verfassungsberatungen bislang Formulierungsvorschläge der SPD, der Staat solle einen möglichst hohen Beschäftigungsstand und eine ausreichende Versorgung mit Wohnungen sichern sowie Bildung und Kultur fördern, strikt abgelehnt.

S trukturelle Massenarbeitslosigkeit und Armut verdeutlichen die Bedeutung von Arbeit für den einzelnen, aber auch für den Staat insgesamt in der Industriegesellschaft. Insbesondere für die ohne eigenes Verschulden aus dem Arbeitsprozeß Ausgrenzten muß die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts gelten, daß „Arbeit als Beruf für alle gleichen Wert und Würde“ hat. Die Aufnahme sozialer Grundrechte in die Verfassung erinnert den Staat nicht nur an seinen Auftrag zur Entfaltung sozialer Aktivität, sondern stellt zugleich den Anschluß an den internationalen Standard sozialer Menschenrechtsverbürgungen her. Als eine der Vertragsparteien des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte v. 19.12.1966 erkennt die Bundesrepublik in Art. 6 immerhin das Recht auf Arbeit ausdrücklich an. Dieses umfaßt „das Recht jedes einzelnen auf die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte oder angenommene Arbeit zu verdienen“.

## Schlußbemerkung

F ür die Aufnahme einer neuen Staatszielbestimmung „Schutz der Umwelt“ und „Soziale Grundrechte“ spricht, daß die mit ihnen angesprochenen Politikfelder gesamtgesellschaftlich zukunftsrelevant sind bzw. für die Freiheit des einzelnen elementare Bedeutung haben. Damit die entsprechenden Verfassungssatzartikel mehr sind als bloß symbolische Verfassungspolitik, muß sich in ihnen ein für alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Kräfte tragbares Minimum an gemeinsamen Wertmaßstäben und Vorstellungen manifestieren. Unter diesen Voraussetzungen lassen sie sich bei der Umsetzung in praktische Politik auch mit konkreten Inhalten füllen. Bei den gegenwärtigen, durch die deutsche Vereinigung in Gang gesetzten Verfassungsberatungen sollte dieses Vorstellungsminimum zumindest bezüglich einer verfassungsrechtlichen Verankerung des Schutzes der Natur und des Schutzes der existentiellen Voraussetzungen menschlichen Daseins vorhanden sein.

### Der Autor



Prof. Dr. Dieter Sterzel (57) studierte in Marburg, München und Münster Rechtswissenschaften und promovierte an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Das juristische Assessorexamen legte er 1965 in Frankfurt ab. Bevor er 1974 einen Ruf auf die Professur für Öffentliches Recht am Fachbereich Wirtschafts- und Rechtswissenschaften in Oldenburg annahm, war er im Wissenschaftsministerium Referent für die Hochschulgesetzgebung. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Verfassungsrecht. Sterzel ist Sprecher der Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (agis).

# MEINE ANZEIGE IN EINBLICKE IST JA NUR IMAGEWERBUNG ...

AFA - HERRMANN



## JA, UND WIE!

... bei allen, die an Forschungsvorhaben in der Region Nordwest interessiert sind ...

... bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, an allen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und fünfzig Universitäten in aller Welt ...

... bei den über 250 Mitgliedern der Universitätsgesellschaft. Einzelpersonen, Unternehmen, Kommunen und Kreisen ...

... bei den Besuchern der Messen, an denen die Universität Oldenburg sich und ihre Arbeit vorstellt.

Alles weitere erfahren Sie unter Telefon (04 41) 7 44 08.

# “... nach einer wohlgeplanten, der Seelennatur des Kindes conformen Methode unterrichten ...“

200 Jahre Lehrerbildung in Oldenburg

von Hilke Günther-Arndt



Generalsuperintendent Esdras Heinrich Mutzenbecher (1744-1802), der Begründer der oldenburgischen Lehrerbildung

Der oldenburgische Generalsuperintendent Esdras Heinrich Mutzenbecher schrieb 1793 in eine Anweisung für das gerade gegründete Schulmeisterseminarium: „Da der künftige Schulhalter nicht bloß ein verständiger und zu seinem Geschäft geschickter sondern auch ein guter Mensch werden und durch sein Exempel Schüler am kräftigsten belehren soll, so müssen die jungen Leute, die sich diesem Stande widmen wollen, auch durch Gottesfurcht und gutes christliches Betragen sich dazu recht vorbereiten. Beydes zu befördern werden sie verpflichtet, des Sontags wenigstens Einmal dem öffentlichen Gottesdienst und

Lektions-Plan			
von Michaelis 1828 bis Ostern 1829			
Stunde	Montag u. Donnerstag	Dienstag u. Freitag	Mittw. u. Sonnabend
6-7	Andachtstunde	Andachtstunde	Andachtstunde
7-8	frey	frey	frey
8-9	Bibl. Geschichte u. Katechismus	Geographie	Geschichte
9-10	Geographie	Schule im Seminar	Religion
10-11	Singen	Sprachlehre	Ausarbeitungen
11-12	Stilübungen	Diktieren	Religion-Ausarbeit.
Verstandesübungen			
12-1	frey	frey	frey
1-2	Bewegung im Freyen	Bew. im Freyen	Bew. im Freyen
2-3	Orthographie	Stilübungen	Sprachlehre
3-4	Schule im Seminar	Kopfrechnen	Katechetik (Hollmann)
4-5	frey	frey	frey
5-6	Anweisung zum Rechnen	Lese- u. Denkübungen	Ausarbeitungen
6-7	Ausarbeitungen	Rechnen	Singen
7-8	Physik	Mathematik	Mi.: Religionsgesch. So.: über Erziehung und Disziplin
8-9	Gesangübungen	Konferenz	Mi.: Methodik So.: Singen
9-10	frey	frey	frey

Lektionsplan für das Oldenburger Schulmeisterseminarium 1828/29, zusammengestellt von Karl Steinhoff

den wöchentlichen Catechisationen ... beyzuwohnen ... nach geendigten Schulstunden nicht auszugehen, insonderheit keine Wirthshäuser zu besuchen und sich überhaupt vor aller Gelegenheit zu weitläufigen und verführerischen Bekanntschaften sorgfältig zu hüten“. 1970 hieß es im Strukturplan des Deutschen Bildungsrates: „Wer im Lehrerberuf oder in anderen pädagogischen Berufen tätig werden will, muß Erziehungssituationen, Unterrichts- und Erziehungsaufgaben und Lernprozesse in ihren anthropologischen, gesellschaftlichen und politischen Bezügen analytisch verstehen können. Eine so begründete kritisch-wissen-

schaftliche Haltung gegenüber der pädagogischen Arbeit läßt sich nur durch eine Ausbildung erreichen, die auf Ergebnissen und Methoden der Erziehungs-, Verhaltens- und Gesellschaftswissenschaften aufbaut“.

## Lehrerbildung als Gesellschaftsreform

Zwischen den beiden Auffassungen vom Lehren als Beruf liegen scheinbar Welten. Der Generalsuperintendent entwarf sein Bild des Lehrers aus den Wirklichkeiten vormoderner, ständisch-agrarischer Lebenswelten heraus, deren Auflösung durch die Industrielle Revolution in England und die bürgerlichen Revolutionen in den USA und Frankreich ein kluger Mann wie Mutzenbecher freilich ahnte: Der Lehrer (von Lehrerinnen war noch nicht die Rede) verfügt über solide Kenntnisse der Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) und kennt sich in Bibel, Gesangbuch und Katechismus gut aus. Er ist aber auch ein „verständiger und geschickter Mensch“, denn seine Aufgabe ist es, wie ein anderer oldenburgischer Geistlicher formulierte, die Kinder „an(zu)führen, ihren Verstand zu gebrauchen, daß sie bei dem, was sie lesen und lernen, auch denken“. Darüber hinaus wirkt er durch sein „Exempel“, und so enthalten um 1800 fast alle - nicht nur Mutzenbechers - Anweisungen für die Anstellung oder Ausbildung von Lehrern eine Art Sittenkodex.

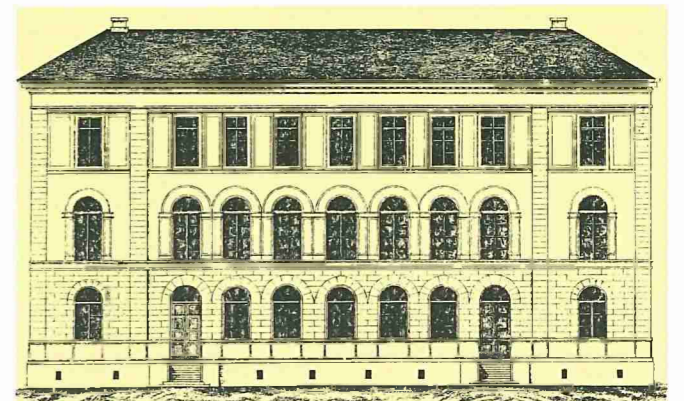
Förmlich, gehorsam, fleißig, geduldig und genügsam sollte der Lehrer sein und diese Tugenden den Schülern und der Dorfbevölkerung vorleben. In der Reformzeit, der Epoche der Aufklärung und Spätaufklärung bis etwa 1830, galten neben den Pfarrern die Lehrer an den niederen Schulen als geeignete - wie wir heute sagen würden - Multiplikatoren, um neue Regeln der Lebens- und Wirtschaftsführung im Volk zu verbreiten. Die Lehrer propagierten und kontrollierten hygienische Vorschriften, z. B. in ein Taschentuch statt in die Hand zu sneuzen oder die tägliche Körperpflege. Sie lehrten neue Methoden des Gemüse- und Obstanbaus und praktizierten diese im großen Lehrergarten, der nebenbei der eigenen Existenzsicherung diene. Und sie förderten „industriöse“ Fertigkeiten wie Stricken, Weben und Nähen, um der wachsenden Armut durch Nebenerwerb und Hausindustrie zu begegnen. In solchen Maßnahmen, die den

## Abstract

The training of elementary school teachers in Germany started in the age of enlightenment, in Oldenburg for example 1793, exactly 200 years ago. For more than hundred years teachers were trained on seminaries (Lehrerseminare), from 1925 until the end of the sixties, except the time of national socialism, teacher training was dominated by academic institutions (Pädagogische Akademie or Pädagogische Hochschule). Since this time, teacherstudents for all categories of schools studied on universities or other educational institutions on university level. Researches on history of teacher training in Oldenburg are focused on three approaches: history of educational institutions, teacher training as social reform and as part of professionalization.

schwierigen Transformationsprozeß von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft ein wenig erleichterten, liegen wahrscheinlich die größten Leistungen der Volksschule und der Volksschullehrer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts - weniger in der Alphabetisierung, denn die „Alphabetisierungsschlacht“ war zumindest in Nordwestdeutschland um 1800 schon fast gewonnen.

Für die neuen, stärker gesellschaftsreformerischen Aufgaben reichte freilich die bisherige Ausbildung der Lehrer, der Gehilfendienst bei einem älteren Schulmeister, nicht aus. Die Lehrer selbst mußten planmäßig vorbereitet und examiniert



Bis 1966 fand in dem 1844 errichteten Seminargebäude an der Peterstraße Lehrerbildung in Oldenburg statt

werden, bevor sie eine Schulstelle antraten. Mit der Gründung von Schulmeisterseminaren - in Oldenburg im Jahre 1793 - begann so der Prozeß der Professionalisierung des Lehrerberufs. In ihm lassen sich idealtypisch drei Phasen der Ausbildung von Volksschullehrern unterscheiden: die seminaristische, die akademische und die universitäre.

## Die seminaristische Lehrerbildung

Die seminaristische Lehrerbildung begann um 1800 und endete in der Weimarer Republik. Im Mittelpunkt der anfangs zwei, um 1900 schließlich sechs Jahre dauernden Seminarzeit stand die Allgemeinbildung der Zöglinge. Die Inhalte der jeweiligen Volksschulfächer wurden immer wieder repetiert. Die Unterrichtsmethode im Seminar galt gleichzeitig als Vorbild für die Volksschulpraxis, eine Art immanenter unterrichtspraktischer Ausbildung, die durch das Halten von Musterlektionen in der Seminarübungsschule vervollkommen wurde. Pädagogik und Didaktik als Disziplinen nahmen nur im letzten Seminarjahr einen geringen Platz ein. Die Lehrervereine kritisierten die geistige Enge der Seminarbildung, die nach 1830 eher zu- als abnahm, schon früh. Die meisten Verantwortlichen in Schulverwaltungen und Kirchen, aber auch „progressive“ Universitätsprofessoren sahen dagegen in der Bildungsbegrenzung ein wirksames Mittel gegen ungehörige soziale und politische Ansprüche der Volksschullehrer. Ein Schulmeister, befand Jakob Grimm 1848, solle sich „genügsam“ bescheiden und „nicht über seinen Stand hinausstreben“. Was er vor allem brauche, seien „Milch und Brot des Glaubens und die Vaterlandsliebe“. Alles in allem - das zeigt der internationale Vergleich - qualifizierte das Seminar sicher ausreichend für die Volksschulverhältnisse der damaligen Zeit. Problematisch an der seminaristischen Ausbildung war dreierlei:

- die Einbindung der Seminare in das Volksschulwesen: selbst der beste Seminarist konnte die Mauer zwischen dem niederen und höheren Schulwesen nicht überwinden;
- die Internatsform, die das gesamte Leben der Seminaristen der Kontrolle durch Direktor und Lehrer aussetzte und die Entwicklung von Selbständigkeit behinderte;
- die Dominanz der Allgemeinbildung vor der pädagogischen und didaktischen Qualifizierung, so daß man eigentlich nur von einer „semiprofessionellen“ Ausbildung sprechen kann.

Seit der 1880er Jahren erscholl der Ruf nach Reformen lauter, besonders nach einer angemessenen Berücksichtigung von Pädagogik, Psychologie und Didaktik in der Lehrerausbildung. Die Ablösung der Pädagogik von der Philosophie und ihre Etablierung als eigenständige wissenschaftliche Disziplin sowie



Feierliche Eröffnung der Oldenburger Pädagogischen Akademie, der ersten nach Kriegsende in Deutschland, am 1. Oktober 1945; rechts: Ministerpräsident Theodor Tantzen, links: der Chef der Militärregierung Oldenburg, Colonel Dillon

der Aufschwung der "Kinderpsychologie" haben dazu sicher beigetragen. Das Bild von den Aufgaben des Lehrers wandelte sich. „Wäre der Lehrer“, schrieb der oldenburgische Seminarlehrer Wilhelm Ostermann 1881 in einem erfolglosen Antrag zur Erweiterung der Seminarbildung, „nur dazu berufen, die elementaren Kenntnisse und Fertigkeiten ... der Jugend mechanisch anzueignen, dann allerdings wäre es mit der Vorbildung leicht gethan. Der Lehrer soll aber den Unterrichtsstoff nicht bloß gedächtnismäßig eintrichtern, wobei ... die besseren geistigen Anlagen verkümmern, sondern er soll nach einer wohlgeplanten, der Seelennatur des Kindes conformen Methode unterrichten, bei der die Lehrziele schneller und besser erreicht und die Geisteskräfte des Kindes geweckt und gebildet werden“.

### Die akademische Lehrerbildung

Artikel 143 Absatz 2 der Weimarer Reichsverfassung bestimmte, die Ausbildung der Volksschullehrer reichseinheitlich zu regeln, und forderte als Eingangsvoraussetzung das Abitur. Damit schien der zähe Kampf der Volksschullehrer um eine Vollakademisierung ihres Berufes und das damit verbundene Sozialprestige erfolgreich beendet zu sein. Wegen der Folgekosten für die Lehrbesoldung, die weder das Reich noch die Länder tragen wollten, kam es jedoch nicht zu einer reichseinheitlichen Lösung. In Süddeutschland bestanden die alten Seminare fort. Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Hessen und Hamburg bildeten die Volksschullehrer an Universitäten aus. Den Standard setzte jedoch das größte Land, Preußen, das ab 1926 Pädagogische Akademien einführte. Die akademische Lehrerbildung prägte - mit Ausnahme der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur - die Ausbildung von Volksschullehrern bis Ende der sechziger Jahre.

Ihre reformpädagogisch inspirierte Grundidee - „Schule der Gesittung“ (Adolf Reichwein) - war bestechend: In relativ kleinen Hochschulen sollten Lehrende und Studierende einen spezifischen Lebens-, Lehr- und Lernzusammenhang praktizieren und damit eine veränderte, humane Schulpraxis antizipieren. Nicht die Fachbildung im engeren Sinne, sondern die Persönlichkeitsentwicklung der künftigen Volksschullehrer stand im Zentrum. Das Studium integrierte in vier, seit 1952/53 sechs Semestern vier Elemente:

- das wissenschaftliche Studium der Pädagogik einschließlich der Pädagogischen Soziologie und der Pädagogischen Psychologie;
- die „bildende Begegnung“ mit den Volksschulfachern;
- das musische Leben, ausgedrückt im Erlebnis von Bewegung, Musik, bildender Kunst und Dichtung, dem „muischen Quadrivium“;
- die berufspraktische Ausbildung.

Ein Motiv für die Errichtung von Pädagogischen Akademien in der Weimarer Republik war die Reformlethargie der Universitäten gewesen. Der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker traute den in ihrer Mehrheit sozialkonservativen, deutschnationalen und republikfeindlichen Universitätsprofessoren nicht zu, mit der neuen Lehrerbildung auch die Volksbildung insgesamt im Sinne der Demokratie zu reformieren. Der Preis dafür war hoch: Volksschullehrer und Gymnasiallehrer wurden weiterhin an verschiedenen Institutionen und nach unterschiedlichen Grundsätzen ausgebildet.

### Die universitäre Lehrerbildung

Die „Idee der Pädagogischen Hochschule“ scheiterte spätestens in den sechziger Jahren - zum einen, weil die rasch anwachsende Zahl der Lehramtsstudierenden das Konzept der „Kleinheit“ zerstörte, zum anderen, weil sie in Widerspruch zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung geriet, die auf Differenzierung, Effektivierung und Modernisierung zielte. Der Begriff „Bildungsreform“ avancierte zum Zauberwort der sechziger und frühen siebziger Jahre. Politik und Öffentlichkeit einte, trotz mancher Unterschiede im Detail, wie in der Zeit der Aufklärung die Überzeugung, daß gesellschaftliche Modernisierung und Bildungsreform eng zusammenhängen. Und das „Schlüsselproblem der Bildungsreform“, stellte der Deutsche Bildungsrat 1970 lapidar fest, sei die „Lehrerbildung“.

Die institutionelle Antwort auf neue gesellschaftlichen Herausforderungen war die Ausbildung aller Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen - in der Regel Universitäten - und die Einführung des Referendariats für alle Lehrämter seit Anfang der siebziger Jahre, die curriculare die Verfachlichung des Volksschullehrerstudiums und die Pädagogisierung des Gymnasiallehrerstudiums. Damit endete zugleich die „Semiprofessiona-

Über 50 Prozent unserer Bäume sind krank oder bereits abgestorben.



## Eichhörnchen ohne Wald?

Tragen Sie durch umweltbewußtes Verhalten, z.B. durch Energiesparen, dazu bei, daß der Wald für das Eichhörnchen und für uns Menschen erhalten bleibt.

Unterstützen Sie die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe!



Bitte schicken Sie mir:

- die Waldschadenskarte mit Begleitmaterialien gegen DM 5,-,- in Briefmarken oder als Schein
- Informationen über den Förderkreis der Deutschen Umwelthilfe e.V.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_



**Deutsche Umwelthilfe**  
Güttinger Straße 19, 7760 Radolfzell

Spendenkonto: 7997  
Stadtparkasse Frankfurt  
BLZ 500 501 02



DEUTSCHE AKADEMIE FÜR SPRACHE UND DICHTUNG

### Die 18. Preisfrage: SPIEGELT SICH LITERATUR IN DER WIRKLICHKEIT?

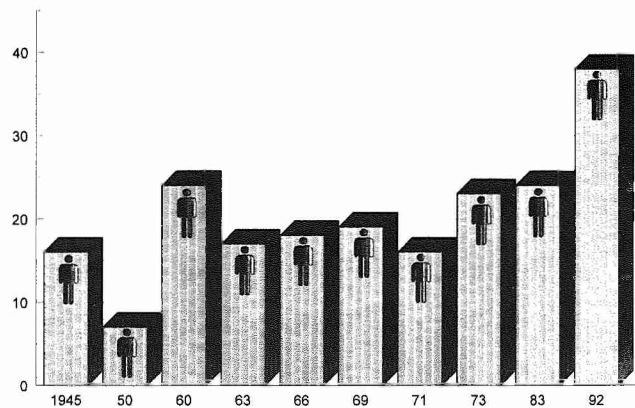
Nicht unmittelbare Rezeption oder gar Imitation (junge Männer, die sich erschießen, weil Werther sich erschossen hat) sind das Thema. Gefragt wird, ob - und wenn ja: wie und wo - Literatur womöglich Ähnliches bewirkt wie die Malerei, wenn sie unsere Wahrnehmung neu programmiert, so daß wir in der Landschaft die Struktur eines Cézanne, in Frauengestalten das Modell eines Renoir wiedererkennen.

Zur Teilnahme ist jedermann berechtigt. Die Antwort in deutscher Sprache (30 bis 50 Seiten) darf nicht zuvor in Rede oder Schrift veröffentlicht sein und soll den Charakter eines Essays oder einer Abhandlung haben. Letzter Einsendetermin: 30. Juni 1993.

Bitte fünf Exemplare mit Postfachnummer oder Deckadresse einreichen (Name des Verfassers mit Adresse in einem geschlossenen Kuvert)

Die beste Arbeit wird von der Akademie in ihren Schriften veröffentlicht und mit einem Preis von 5000,- DM ausgezeichnet. Die Akademie kann auch andere Arbeiten zur Veröffentlichung erwerben.

Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung,  
Alexanderweg 23, Glückert-Haus,  
6100 Darmstadt,  
Tel.: 06151/4092-0, Fax: 06151/ 4092-99



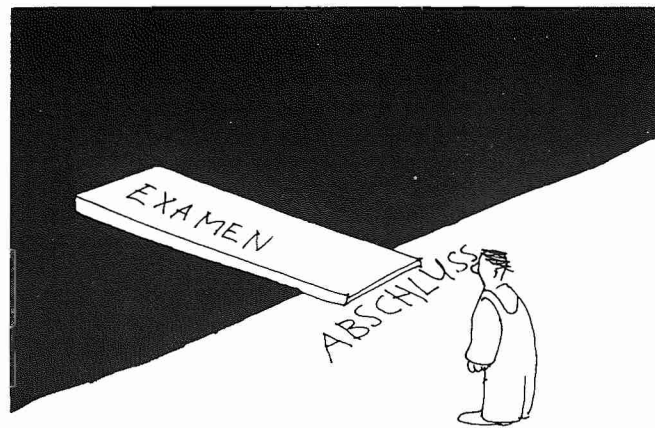
Verhältnis Lehrende zu Studierenden an der Oldenburger Lehrerausbildung 1945 - 1992

lisierung“ der Gymnasiallehrer, deren universitäre Ausbildung (wissenschaftliches Studium zweier Fächer) sich seit dem 19. Jahrhundert praktisch nicht veränderte hatte und die sich kaum auf das Berufsfeld Schule bezog. Zwar gibt es aus besoldungsrechtlichen Gründen weiterhin getrennte Studiengänge für die verschiedenen Lehrämter mit unterschiedlicher Studiendauer, doch die niedersächsische Prüfungsordnung von 1986 beseitigte sogar diese Schranke: Nach einem geregelten Zusatzstudium mit Examen kann von einem „niederen“ zu einem „höheren“ Lehramt aufgestiegen werden.

W enn trotz der Vereinheitlichung und Professionalisierung seit Jahren wieder von einer „Krise der Lehrerausbildung“ gesprochen wird, so liegt das weniger am Konzept der wissenschaftlichen Lehrerausbildung. In einzelnen Punkten ist es sicher verbesserungsbedürftig. Das Krisengefühl ist vielmehr eine Folge der „Lehrerschwemme“ seit den achtziger Jahren, die Lehrende und Studierende gleichermaßen am „Sinn“ des Studiums zweifeln läßt. Zusätzlich behindern Personalkürzungen in den Lehramtsstudiengängen die mit der Reform beabsichtigte curriculare Innovation der Lehrerausbildung.

### Forschungsperspektiven

Die Geschichte der Lehrerbildung scheint zunächst eine zwar notwendige, aber eher trockene institutionengeschichtliche Angelegenheit zu sein. Doch der erste Blick trägt. Die Geschichte der Lehrerbildung reflektiert - wie der knappe Überblick zeigen sollte - die Zukunftserwartungen einer Gesellschaft. Zeiten des gesellschaftlichen Aufbruchs sind auch Zeiten der Verbesserung der Lehrerbildung; soziale und politische Stagnation macht sich in der Lehrerbildung als Stillstand oder Rückschritt bemerkbar. Eine Forschungsrichtung in der Geschichte der Lehrerbildung untersucht deshalb Lehrerbildung als Gesellschaftspolitik. Ein zweiter, weniger konkurrierender als ergänzender Ansatz analysiert die Bedeutung der Ausbildung im Prozeß der Professionalisierung des Lehrerberufs, der noch andere Merkmale wie die selbständige Berufskontrolle, d. h. eine relative Autonomie, oder die Ausbildung einer besonderen beruflichen Subkultur umfaßt. Die historische Erforschung und Erklärung des Wandels in der Lehrerausbildung ist dabei kein Selbstzweck: der Blick zurück schärft oft den Blick für die Probleme der Gegenwart und Zukunft.



Karikatur von Ernst Böse, 1982

Oldenburg bietet sich für Forschungen zur Geschichte der Lehrerausbildung geradezu an, weil die institutionelle Entwicklung hier alle Phasen durchlaufen hat. Sie begann 1793 mit der Gründung eines „Schulmeisterseminariums“. Eine Ausstellung der Universität im Stadtmuseum (März - Mai 1993) und im Vortragssaal der Universitätsbibliothek (Juni 1993) zeigt die Gründung und die weiteren Stationen im 19. und 20. Jahrhundert: den Pädagogischen Lehrgang in der Weimarer Republik, die Hochschule für Lehrerbildung und die Lehrerinnen- und Lehrerbildungsanstalten zur Zeit des Nationalsozialismus, die Pädagogische Akademie und die Pädagogische Hochschule 1945 bis 1973 und schließlich die universitäre Lehrerausbildung. Die Forschungsmöglichkeiten für die Phase der Entfaltung der Lehrerbildung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erweitern sich beträchtlich, wenn die Entwicklung in den räumlichen Nachbarregionen einbezogen wird: die in Ostfriesland, wo bis zur Gründung des Auricher Lehrerseminars 1852 eine quasigenossenschaftliche Lehrerbildung praktiziert wurde, und die in Süddoldenburg. Dort wurden die katholischen Volksschullehrer wie in Österreich bis 1861 an einer Normalschule ausgebildet. Forschungsvorarbeiten innerhalb und außerhalb der Universität gibt es sehr viele, jetzt käme es darauf an, die Geschichte der Lehrerbildung im Nordwestraum unter systematischen Fragestellungen interdisziplinär, flächendeckend und für den gesamten Zeitraum zu untersuchen und darzustellen.

### Die Autorin



Prof. Dr. Hülke Günther-Arndt (48), Mitglied des Historischen Seminars am Fachbereich 3 Sozialwissenschaften, lehrt seit 1973 - nach Studium und Schuldienst - in Oldenburg Didaktik der Geschichte und Neuere Geschichte. Ein wichtiger Schwerpunkt ihrer Forschungen und Veröffentlichungen ist die Bildungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Im Rahmen dieser Arbeit beschäftigt sie sich auch intensiv mit der Geschichte der Lehrerausbildung in Oldenburg.

## Fachbuchhandlung Medizin

**Rudolf Ebel**

Inh.: Burkhard Koop

Neben der St. Peter Kirche

Peterstraße 24 · Tel.: 1 47 92  
Fax: 1 28 86

Die guten Seiten  
am Schloßplatz!

- Recht, Steuern
- Wirtschaft
- Philosophie
- Psychologie
- Geschichte
- Theologie



BUCH  
HANDLUNG  
ANNA  
THYE

- und vieles andere mehr.

Oldenburg · Schloßplatz 21-22  
Tel.: 04 41 - 2 52 88

- Layoutsatz
- Belichtungsservice für Atari auf Linotype 300
- Druck von Plakaten bis 63x88 cm Prospekten und Broschüren

**OFFICINA**  
... alles für Ihr gutes Image.

Officina Druck GmbH, Posthalterweg 1B, 2900 Oldenburg  
Telefon (04 41) 77 60 60 und 77 60 61, FAX (04 41) 77 60 65

# Promotionen und Habilitationen 1992

## Promotionen

### FB 1 Pädagogik

IRIS BECK, Thema „Neuorientierung in der Organisation pädagogisch-sozialer Dienstleistungen für behinderte Menschen: Zielperspektiven und Bewertungsfragen“  
CHRISTIANE BROKMANN-NOOREN, Thema „Weibliche Bildung im 18. Jahrhundert: vom 'gelehrten Frauenzimmer' zur 'gefälligen Gattin'“  
RICHARD WAGNER, Thema „Überleben lernen in der einen Welt - ökologische Lernmodelle in ökonomischer Verantwortung“  
BODO WILLMANN, (Marburg), Thema „Institutionalisierung von Bildung und Erziehung in der Gegenwart - Studien zur Entwicklung in westlichen Industrieländern“

### FB 2 Kommunikation/Ästhetik

CLAUDIA FRIEDEL, Thema „Komponierende Frauen im Dritten Reich. Versuch einer Rekonstruktion von Lebensrealität und herrschendem Frauenbild“

### FB 3 Sozialwissenschaften

STEFAN APPELIUS, Thema „Pazifismus in Westdeutschland. Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945 - 1968“  
CHRISTOPH HILZ, Thema „Die internationale Abfallwirtschaft - Probleme und Analyse von Lösungsansätzen grenzüberschreitender Abfallverbringung“  
GUDRUN KLEE-KRUSE, Thema „Öffentliche Parteienfinanzierung in westlichen Demokratien - Schweden und Österreich im Vergleich“  
ANNETTE OLTMANN, EWALD OLTMANN, (Gemeinschaftsarbeit), Thema „Die betriebliche Personalwirtschaft und neuere Methoden zur Entwicklung eines Personal-Controlling“  
CORINNA ONNEN-ISEMANN, URSULA OßWALD, (Gemeinschaftsarbeit), Thema „Berufs- und Lebensverläufe von Hochschul-Lehrerinnen“  
GITTA SCHELLER, Thema „Kollektive und individuelle Wertorientierungsverschiebungen als Ursache des Anstiegs der Ehescheidungen in der Bundesrepublik Deutschland“  
WILFRIEDE SIEVERS, Thema „Ringeln um Reife. Fritz Künkels Leben und sein Weg von der Individualpsychologie in die Religiöse Psychologie“  
BARBARA VENRATH, Thema „Aids - Die soziale Definition einer Krankheit“

### FB 4 Wirtschafts- und Rechtswissenschaften

PETER CORNELIUS, Thema „Führung von Beratungskräften in der öffentlichen Verwal-

lung - dargestellt am Beispiel der Berufsberatung“  
THOMAS HILDEBRANDT, Thema „Forschung und Entwicklung als Instrument der betrieblichen Ressourcenschonung“  
HANS-PETER KORTE, Thema „Ökologische Innovation in Klein- und Mittelunternehmen“  
HEIKO KUJAWSKI, Thema „Der Stellenwert der moralischen Erziehung in der Ausbildungsforschung - Pilotstudie zur Berufsbildung in der Versicherungswirtschaft“  
GEORG PANCRATZ, Thema „Schülergerechter Datenverarbeitungsunterricht an kaufmännischen Schulen am Beispiel der Höheren Handelsschule“  
STEFAN SCHMITT, Thema „Verschuldungsverhalten als wirtschaftliches Problem - Ansätze einer 'Psychologie der Verschuldung' am Beispiel der privaten Haushalte“  
DORIS WEBELS, Thema „Modellierungskonzepte im Rahmen eines umweltschutzorientierten Innovationsmanagement“

### FB 5 Philosophie, Psychologie, Sportwissenschaft

ANKE ABRAHAM, Thema „Frauen - Körper-Krankheit - Kunst. Eine theoretische und empirische Analyse zum Prozeß der Spaltung von Erfahrung und dem Problem der Subjektwerdung von Frauen“  
URSULA ASSING-GROSCH, Thema „Ein Wahrnehmungsversuch der Bewußtseinsphänomenologie Jean Gebsters am Beispiel der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik“  
BEATE BEERMANN, Thema „Frauen und Männer im Wechselschichtdienst. Belastung, Beanspruchung und Beanspruchungsfolgen bei Nacht- und Schichtarbeit“  
MARIJKE KERN, Thema „Verhaltenstherapeutische Stottertherapie“  
DR. FRITZ QUENSTEDT, Thema „Untersuchung des Wasserballspiels auf dem Hintergrund des Frau-Mannverhältnisses in unserer Gesellschaft. Eine sportwissenschaftliche Strukturanalyse und Exploration“

### FB 6 Mathematik

PETER KRUG, Thema „Abstandsfunktionen in Hilberträumen und Schätzfunktionen in separablen Banachräumen mit Anwendungen in der mathematischen Modellierung“

### FB 7 Biologie

JOANNA BRAAMS, Thema „Ecological studies on the fungal microflora inhabiting historical standstone monuments“  
JÖRG HARDEGE, Thema „Verhaltensmodifizierende Naturstoffe 'Pheromone' bei der Fortpflanzung von Nereiden (Annelida, Polychaeta)“  
KURT KIESEWETTER, Thema „Biologischer Abbau von Sedimentkontamination am Beispiel von Kohlenwasserstoffen: Ergebnisse

anwendungsbezogener Laborexperimente“  
EBENY KOKE, Thema „Contributions by the sediment to the Wadden sea DOC budget“  
JAN KÜVER, Thema „Transformation und Abbau aromatischer Verbindungen durch sulfatreduzierende Bakterien isoliert aus Süßwasserstandorten“  
ELISABETH LEHMBERG, Thema „Purification and Characterization of two neuropeptides, an allototronic factor and a novel diuretic hormone, from Locusta migratoria“  
WALTER LÜSCHEN, Thema „Nachweis und Isolierung endogener Opioide bei Crustaceen und Untersuchungen zur Regulation der Haemolymphglukose“  
CARLOS MUNOZ NEIRA, Thema „Benthic fecal pellets. Cycling of sediment and organic carbon by Heteromastus filiformis“  
WOLFGANG SCHMIDT, Thema „Plasmalemmagebundene Redoxsysteme und ihre Funktion bei der Eisenaneignung höherer Pflanzen“  
MARLIES VILLBRANDT, Thema „Interaction of nitrogen fixation and photosynthesis in marine microbial mats (Mellum, Southern North Sea)“

### FB 8 Physik

ARTHUR BLOCK, Thema „Deterministische und stochastische Strukturbildung ungeordneter Systeme mit generischer Skaleninvarianz“  
THEODOR HENGSTERMANN, Thema „Untersuchungen zur Laserfernerkundung mariner Ölverschmutzungen“  
DIETER HOHENWARTER, Thema „Schallabstrahlung und Schallausbreitung von inkohärenten Quellen integrierbarer Richtcharakteristik“  
PETER KAPPERTZ, Thema „A classical Approach to the Ionization of Hydrogen Atoms in a Circular Polarized Microwave Field“  
BAOWEN LI, Thema „Sound Propagation in Turbulent Media. Backscattering and Wide Angle Scattering Generalization of Parabolic Method“  
LIREN LIU, Thema „Grating diffraction-interference effects and their use to interferometry“  
KLAUS-HENRICH MITTENZWEY, Thema „Experimente zur Reflektanz- und laserinduzierten Fluoreszenzspektroskopie im optischen Spektralbereich für die Feldmessung ausgewählter Qualitätsmerkmale von Oberflächengewässern“  
STEFAN NANN, Thema „Variabilität der spektralen Bestrahlungsstärke der Sonneneinstrahlung und deren Einfluß auf den Wirkungsgrad von Solarzellen“  
WILFRIED SUHR, Thema „Zur Veränderung der physikalischen Arbeitsweise durch die Verwendung von Computern“  
HEXIN WANG, Thema „Chlorophyll a and Gelbstoff in the Wadden Sea: A Spectroscopy Study and Remote Measurements for Assessing Phyto-benthic Biomass and Classifying Tidal Flats by Means of Laser Fluorosensors“

### FB 9 Chemie

MARTIN BERNDSEN, Thema „Oxidationen von Dianhydrohexiten über Alkoxyradikal-zwischenstufen“  
ULRICH BIERFACH, Thema „Thioharnstoffderivate als Liganden in Eisen-Komplexen und Eisen-Schwefel-Clustern: Neue Wege zu Modellverbindungen für aktive Zentren von Fe-S-Proteinen“  
BORIS BRAT, Thema „Umweltverträgliche Verwertung von Klärschlamm durch Pyrolyse und Vergasung des Pyrolysekokes in der Wirbelschicht“  
JÖRG HAMANN, Thema „Bildung und Folgereaktionen von Trisilacyclobutanminen und 2,4-Disilacyclobutan-1,3-diimininen“  
JÜRGEN KINTSCHER-LANGENHAGEN, Thema „Stereoselektive Synthesen schwefelhaltiger Aminosäuren aus 3-Thiazolinen“  
ANDREAS MARTENS-VON-SALZEN, Thema „Sterische Effekte bei Reaktionen von Diaryldiseleniden mit Jod - Ein möglicher Weg zur Synthese reiner Poly(phenylendiselenide)“  
HANS-ULRICH MEYER, Thema „Organotellurverbindungen mittlerer Sperrigkeit und deren Reaktion mit Partnern ähnlicher Elektronegativität“  
MATTHIAS SCHEUNEMANN, Thema „Stereoselektive Synthesen von Pseudodipeptiden aus Imonocarbonsäuren- und Aziridinen-Herstellung von Verruculotoxin“  
SILKE SCHOMAKER, Thema „Untersuchung der Adsorption einfacher aromatischer Verbindungen an Platin- und Goldelektroden mit Hilfe der in situ-FTIR- Spektroskopie“  
CLAUDIA STENNS, Thema „Synthese neuer Amphiphile auf der Basis von Kohlenhydraten und Fetten“  
MICHAEL URBAN, Thema „Analytik gasförmiger organischer Lösungsmittel aus der Abluft technischer Anlagen im Produktionsbereich der Lackindustrie“  
MAYA WEBER, Thema „Synthese und Reaktivität fünfgliedriger N/O- und N/S- Heterocyclen“

### FB 11 Literatur- und Sprachwissenschaften

MICHAEL BAHLKE, Thema „Labyrinthik in niederländischer Erzählliteratur. Vergleichende Studien zu Relevanz und Funktion des Labyrinthgedankens in moderner und niederländischer Prosa“

## Habilitationen

### FB 1 Pädagogik

DR. HERBERT SCHWAB, Fachgebiet „Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Weiterbildung“, Habilitationsschrift „Organisationsentwicklung und Professionalität in der Erwachsenenbildung - Studie zur Vorgeschichte eines aktuellen Problems“, Vortrag „Können Institutionen lernen? Die Bedeutung und Entwicklung von Fachkommunikation und Fachdiskussion in der Erwachsenenbildung“  
DR. ANDRÄ WOLTER, Fachgebiet „Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Bildungsforschung und Bildungsplanung“, Habilitationsschrift (Rahmenthema) „Zwischen Öffnung und Versperrung - historische und empirische Studien zum sozialen Wandel des Hochschulzugangs“, Vortrag „Mehr Studierende als Auszubildende? Die Entwicklung der Nachfrage nach Hochschulbildung in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2010“

### FB 3 Sozialwissenschaften

DR. MÄRLE POSER, Fachgebiet „Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt geschlechtsspezifische Sozialisationsforschung“, Habilitationsschrift „Fesselnde Bindungen im Lebens- und Arbeitsalltag von Frauen. Einstellungsorientierungen berufstätiger Mütter“  
DR. JÜRGEN SCHLUMBOHM, Fachgebiet „Neuere Geschichte“, Habilitationsschrift „Lebensläufe, Familien, Höfe. Studien zu Bauern und Eigentumslosen in einem agrarisch-protoindustriellen Kirchspiel Nordwestdeutschlands: Belm 1650 - 1860“, Vortrag „Wissenschaft im Dienst des 'Menschengeschlechts': Über die Rolle von Männern und Frauen in der Frühzeit der ärztlichen Geburtshilfe“

### FB 4 Wirtschafts- und Rechtswissenschaften

DR. HERMANN EBNER, Fachgebiet „Berufs- und Wirtschaftspädagogik einschließlich berufliche Weiterbildung“, verschiedene Habilitationsschriften, Vortrag „Überlegungen zur Wiedergewinnung einer didaktischen Perspektive in der Unterrichtsforschung“  
DR. HOLGER REINISCH, Fachgebiet „Berufs- und Wirtschaftspädagogik“, Habilitationsschrift „Ökonomisches Kalkül und kaufmännisches Selbstbild. Die Formung des kaufmännischen Arbeitsvermögens im vorindustriellen Deutschland, unter besonderer Be-

rücksichtigung des Buchhaltungsunterrichts - zugleich eine Studie zu dessen Geschichte und Didaktik, von den Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, als Beitrag zur berufspädagogisch-historischen Curriculumforschung“, Vortrag „Männliches Berufsbildungsprivileg und die 'Frauenfrage im Handel' an der Wende zum 20. Jahrhundert“

### FB 7 Biologie

DR. KARL-HEINZ BLOTEVOGEL, Fachgebiet „Mikrobiologie“, Habilitationsschrift „Methanogene Archaeobakterien: Ein Überblick über Taxonomie, Physiologie und Ökologie“, Vortrag „Der Siedepunkt des Wassers: Eine Grenze des Lebens?“  
DR. LUISE GIANI, Fachgebiet „Bodenkunde“, Habilitationsschrift „Entwicklung und Eigenschaften von Marschböden im Deichvorland der südlichen Nordseeküste“, Vortrag „Bodenkontamination - Bodensanierung (ein ökologisches Problem - technisch im Griff?)“  
DR. HERBERT ZUCCHI, Universität Osnabrück, für das Fachgebiet „Biologiedidaktik“, Habilitationsschrift „Biologiedidaktik im Dienste des Schutzes heimischer Lebensräume und ihrer Organismen: Wege und Möglichkeiten an Hochschulen, Schulen, Volkshochschulen, in der Jugendarbeit und in der Öffentlichkeit“, Vortrag „Freilandlabor Großstadt: eine biologiedidaktische Betrachtung“

### FB 9 Chemie

DR. AXEL BREHM, für das Fachgebiet „Technische Chemie“, Habilitationsschrift „Zur Methodik der Ermittlung kinetischer Daten von Dreiphasenreaktionen“, Vortrag „Die technische Durchführung von stark exothermen Reaktionen am Beispiel der Synthese von Phthalsäureanhydrid“

### FB 11 Literatur- und Sprachwissenschaften

PROF. DR. ECKHARDT GRUNEWALD, Umhabilitation für das Fachgebiet „Deutsche Philologie“  
MARGRET SELTING, Fachgebiet „Germanistische Sprachwissenschaft“, Habilitationsschrift „Prosodie im Gespräch. Aspekte einer interpretativen Phonologie der Konversation“, Vortrag „Voranstellung vor den deutschen Satz. Untersuchungen zum Zusammenhang von grammatischer Form und interaktiver Funktion“

EINBLICKE NR. 17 9. Jahrgang, Heft 17, April 1993 - ISSN 0930/8253 EINBLICKE wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.	Herausgeber: Redaktion und Layout: Satz: Fotos und Illustration: Reprographie: Druck: Anzeigen:	Der Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg Gerhard Harms (verantwortlich), Gudrun Pabst, Dr. Andreas Wojak, Pressestelle, Ammerländer Heerstraße 114-118, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/798-2417, Telex: 25655 unol d, Telefax: 0441/798-2435 Claudia Bürger dpa (5, 19), Robert Goldberg (1), Wilfried Golletz, Jürgen Koch (29), Rüdiger von Lemm (13), Immo Raether, Kerstin Schmidt (1) Bernd Kühn (S-W) / KD-Repro (Farbe) Officina-Druck, Posthalterweg 1b, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/77 60 60 aha-Werbung, Bismarckstr. 22, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/74408
---	---	---

# CHLOR<sup>®</sup>

## Greenpeace warnt vor dem Betreten Ihres Hauses oder Ihrer Wohnung.



Vom Keller bis zum Dach: Gefahr durch Chlorprodukte lauert überall.

**Chlor gefährdet auch Ihre Gesundheit.** Denn Chlor tötet nicht nur Bakterien im Wasser, Mücken im Schlafzimmer und Schaben in der Küche: Chlor gefährdet jedes Leben. Chlor steckt in Haushalts-Chemikalien und in Kunststoffen. Chlor macht auch Papier weiß und giftig. Es ist das C in PVC und FCKW. Das Ultragift Dioxin entsteht erst durch Chlor.

**Chlor ist fast überall:** Es vergiftet Flüsse und Seen, unsere ganze Umwelt. Und die Industrie will uns weismachen, daß Chlor unschädlich ist... Greenpeace informiert Sie gern ausführlich über die allgegenwärtige Chlorchemie und ihre Gefahren.

# GREENPEACE

**Gegen Chlor-Gefahren hilft nur eins: Chlor vermeiden.**

**Ja, ich will Chlor vermeiden.**

Schicken Sie mir Informationen:

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort, Zustelldienst

01017

Coupon bitte einschicken an:

Greenpeace, Chlor-Info, Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11.

## Psychologie & Gesundheit

### Gesundheit braucht Gelegenheit

Strukturelle Maßnahmen der Gesundheitsförderung für MieterInnen

von Wilfried Belschner, Jürgen Koch, Ernst Mastall

Die BewohnerInnen einer Stadt lassen sich nach dem Ausmaß differenzieren, in dem sie am urbanen Leben teilhaben. Urbanes Leben beruht derzeit auf einer weitgehend funktionalen Trennung der vier Bereiche Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit. Diese Entmischung wird räumlich realisiert. Den vier Funktionsbereichen werden im Stadtgebiet bzw. in der städtischen Region bevorzugte Orte zugewiesen: man wohnt am Ort A, arbeitet am Ort B, kauft am Ort C ein und verbringt die Freizeit am Ort D. Von den Bewohnern wird als Selbstverständlichkeit erwartet, die Distanzen zwischen den Orten A - D, auch auf Kosten ihres Zeitbudgets, zu überbrücken. Um am urbanen Leben teilhaben zu können, ist Mobilität erforderlich.

Die Bedingung Mobilität erfüllt aber eine Reihe von Bewohnergruppen nicht oder nur in eingeschränktem Umfang:

- Alte Bewohner verfügen nicht mehr über die physischen und psychischen Voraussetzungen.
- Kinder verfügen noch nicht über diese Ressourcen.
- Arme verfügen nicht über die materiellen Voraussetzungen.

Angehörigen dieser Bewohnergruppe, um die es in diesem Bericht besonders geht, werden größere Distanzen zu beschwerlichen oder unüberwindlichen Hindernissen. Sie erleben sich daher eher als inkompetente und nicht vollwertige Personen. Ihre Identität wird beeinträchtigt oder beschädigt. Aus der Bearbeitung dieser aversiven emotionalen Befindlichkeit entstehen weitere negative individuelle und soziale Folgen (Resignation, Aggression, soziale Spannungen etc).

Menschen in westlichen Kulturen wollen sich aber als Schöpfer und Urheber beurteilen, sich als Kontrolleure ihrer Lebenssituation erleben können. Dieses Grundpostulat für eine humane Lebensführung ist auch in der Ottawa-Charta

(WHO 1986) enthalten. Darin wird gefordert, allen Menschen ein hohes Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen. Dies ist aber nur zu erreichen, wenn sie mehr Einfluß auf ihre Lebenswelt ausüben.

#### Mieten als Statusmerkmal

Analysieren wir den Status Mieter, so sind u.a. folgende Merkmale herauszustellen:

● Als Nichteigentümer des Wohnraums kann der Mieter in der Wohnung keine baulichen Veränderungen in eigener Entscheidung vornehmen.

● Er hat keinen Einfluß auf die Belegung der benachbarten Wohnungen (soziales Mikromilieu). 62 Prozent der Mieter wünschen jedoch ein Mitspracherecht (Belschner u. Schulte 1988).

● Er hat in der Lebensführung vermehrt Rücksicht zu nehmen, um nicht, wie z.B. durch Geräusche, Nachbarn zu stören. Die Lebensführung wird als stärker reglementiert erlebt. Gefordert wird die Anpassung an die Vorgaben einer Hausordnung.

● In Zeiten der Wohnungsknappheit ist die eigene Bestimmung der Platzierung im Stadtgebiet kaum möglich. Der Mieter erhält quasi eine Wohnung zugewiesen.

● Der Status Mieter wird von der Mehrheit der Bevölkerung per se als minderwertig beurteilt. In der sozial akzeptierten Wertehierarchie besteht das Gebot, im eigenen Haus zu wohnen, um zu belegen, daß man zur kompetenten Lebensführung befähigt ist.

Der Verlust bzw. das Fehlen von Mobilität und die Nicht-Überwindung des Mieterstatus oft mit weiteren identitätsverletzenden Prozessen (z.B. Angewiesensein auf Sozialhilfe oder

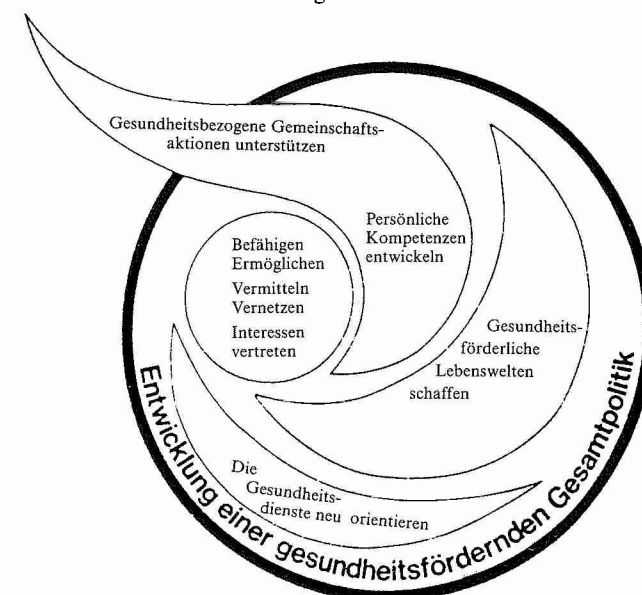
#### Abstract

To support the goals of the WHO project Healthier Cities it is necessary to implement strategies of health promotion on a structural level. Those strategies must stress men's autonomy and potential for designing as basic attributes. The project WOHNWERKSTATT develops and describes those strategies of health promotion.

Arbeitslosenhilfe, AlleinerzieherIn etc.) verbunden ist, ergibt sich eine eher abwärts gerichtete Selbstwertspirale. In der Folge dieser Prozesse versammeln sich die schwachen, hilflosen, am Rande stehenden, ausgegrenzten Menschen in bestimmten Wohngebieten, die trotz allem ihre Idee vom guten Leben realisieren wollen.

#### Strukturelle Maßnahmen der Gesundheitsförderung

Um die Abwärtsspirale des Selbstwertgefühls zu stoppen und die gebotene Chancengleichheit zu erhöhen bzw. einzuleiten, können strukturelle Maßnahmen der Gesundheitsförderung im Wohnbereich sehr hilfreich sein, wie z.B. die Einrichtung einer dezentralen wohnortnahen Anlaufstelle - eine



Die Ziele der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung





Nicht Entlastung, sondern Belastung der MieterInnen ist erforderlich: Siedlungsfest der Wohnwerkstatt

„Psychoziale Poliklinik“ als integrierender Ort. Der Stromausfall in der Wohnung, die Wasserflecken an der Decke, die trotz Arztbesuch nicht nachlassenden Beschwerden im Bauch, der Streit mit den Mitbewohnern im Haus - in diesen Lebensverläufen, die sich meist nur unter Aufbietung aller noch verbliebenen Kräfte in den Toleranzgrenzen der Unauffälligkeit halten lassen, ist ein integrierender Ort notwendig, an dem die Person angenommen wird und lernt, was sie tun kann.

Erst durch vertrauensvolle Bindung, d.h. dem Gefühl, überhaupt an einem Ort gehört und verstanden zu werden wie der „Psychosozialen Poliklinik“, kann eine Entwicklung in Gang kommen, in der sich diese Menschen nicht nur in ihrer Bedürftigkeit wahrnehmen, sondern aufbrechen können zur Entdeckung ihres Gestaltungspotentials. Das Gefühl, Almosenempfänger zu sein, könnte weichen, das Selbstwertgefühl gestärkt werden, was wiederum Bedingung für die Gesundheitsförderung ist.

## Dezentralisierung als Unternehmensstrategie

Projekte wie die WOHNWERKSTATT würden allerdings über eine Alibifunktion nicht hinauskommen, wenn daraus keine strukturellen Veränderungen im Wohngebiet entstünden. Diese können im Verhältnis Wohnungsunternehmen und Mieter durch eine Änderung der „Unternehmensphilosophie“ eingeleitet werden. Die Menschenbilder, die u.a. in der Wohnungsverwaltung von großen Vermietern anzutreffen sind, lassen sich nach zwei Modellen schematisieren:

- Das Bedürftigkeitsmodell. Der Mieter ist nicht in der Lage, selbständig sein Leben zu meistern. Er muß deshalb sozialfürsorglich betreut werden. Zu seiner Entlastung und zu seinem Besten hat er sich um nichts zu kümmern; er ist für nichts zuständig außer der Mietzahlung und der Einhaltung der Hausordnung. In dieser fürsorglichen Belagerung des Mieters lauert das Moment der Entmündigung.

- Das Machtmodell. Die Wohnungsverwaltung begreift sich als die Instanz, die die Bedingungen des Wohnens festlegt und durchsetzt. Dem Mieter kommt ein Objektstatus zu: Wünsche und Rechte des Mieters braucht man nicht zu ermitteln und ernstzunehmen oder aufzugreifen, denn als Wohnexperte weiß man, was richtig ist. Falls man auf Anliegen des Mieters eingeht,

sind dies gönnerhafte Zugeständnisse, für die die Mieter langfristig dankbar zu bleiben haben.

Eine wichtige Änderung solcher Unternehmensphilosophien besteht in der Idee der Dezentralisierung der Wohnungsverwaltung. Dezentralisierung bedeutet, daß die Wohnungsbestände in räumlich überschaubare Bezirke mit einem Servicebüro gegliedert werden. Diesen Untergliederungen wird die selbständige Bearbeitung aller Wohnungsangelegenheiten des Bezirkes im Rahmen eines eigenen Haushalts übertragen.

## Wohnwerkstatt

Das Projekt WOHNWERKSTATT wurde von 1986 bis 1991 in zwei aufeinanderfolgenden Phasen in zwei Oldenburger Stadtteilen durchgeführt. Ein interdisziplinäres Team (Psychologie, Sozialpädagogik, Handwerk) unterstützte - orientiert am Empowerment-Konzept - die BürgerInnen darin, auf ihre Lebenssituation wirksam gestaltenden Einfluß zu nehmen. Ziele des Projektes waren u.a. die Verbesserung der Kontrolle über den Lebensalltag und der Aufbau von Selbstbestimmung und Selbstorganisation. In überschaubaren Praxisprojekten wurden u.a. Wohnungen modernisiert, das Wohnumfeld entsprechend den Bedürfnissen der BewohnerInnen umgestaltet, Gemeinschaftsaktionen wie multikulturelle Siedlungsfeste organisiert. Das Projekt wurde von einer Stiftung der GSG Oldenburg und der Arbeitsverwaltung finanziert. Literatur: W.Belschner u. J. Koch, Wohnwerkstatt. Gesundheit braucht Gelegenheit. Karlsruhe 1989.

Die Servicebüros werden im Stadtgebiet so plziert, daß kein Mieter mehr als einen Kilometer zu einer Servicestation, die zwischen 800 und 1000 Wohnungen verwaltet, zurückzulegen hat. Die Servicebüros werden stark frequentiert, sowohl für Wohnungsangelegenheiten wie auch für Aufgaben und Probleme der Alltagsbewältigung. Die hohe Nachfrage gerade im zweiten Bereich belegt die Verunsicherung, aber auch die Autoritätsabhängigkeit der Bevölkerung. Insofern sind die Interaktionen in den Servicebüros, die wegen eines „unverdächtigen Anliegens“ (z.B. die berechtigte Mängelmeldung) beginnen, Gelegenheit zur Initiierung von Lernprozessen, um das Ausmaß an Autonomie zu erhöhen.

## Die Dechiffrierung der lauten Symptome

Wohnprobleme der Mieter sind sehr oft ein Spiegel ihrer Lebenssituation. Die Klagen über Lärm, mangelnde Ordnung oder Sauberkeit müssen nicht nur auf einer Regelverletzung der Hausmitbewohner beruhen, sondern können auch Ausdruck der demoralisierenden Lebenssituation sein. Der Mieter drückt in dem lauten Symptom „Klage über den Nachbarn“ seine Ängste, Verbitterung, seinen Hilferuf aus, den er in direkter Form aus Scham, Resignation oder anderen individuellen Motiven nicht äußern kann. Daraus ziehen wir zwei Schlüsse:

1. Die Beschwerden von Mietern müssen auf der Folie der aktuellen Lebenssituation dechiffriert werden.
2. Es ist eine Fehleinschätzung anzunehmen, (allein) durch wohnbezogene Verbesserungen eine langfristige, effiziente und glaubwürdige Verbesserung der Lebenssituation von Mietern zu erreichen. Sie tragen zur Veränderung der existentiellen Notlagen auf Dauer nichts bei.

## Beratung an Stelle von Bestrafung

Mieter wollen sich, wie bereits erwähnt, als aktive, zu zielgerichtetem Handeln befähigte, kreative Personen erleben können. Es hängt also viel vom Unternehmen ab, in welchem Ausmaß sich die Mieter in der Selbstentfaltung erproben können.

Beispiel: In jedem Wohnungsunternehmen treten Mietschulden auf, die in erheblichem Ausmaß das Betriebsergebnis verschlechtern. Für den Umgang mit Mietschuldnern wurde in der Vergangenheit eine Verfahrensweise entwickelt, die gesetzlich abgesichert ist und von den Mitarbeitern routiniert gehandhabt wird. Der Mieter wird zweimal gemahnt, es wird ihm gekündigt, die Räumungsklage wird eingeleitet und schließlich wird die Zwangsäumung durchgeführt. Diese Prozedur ist nicht nur für den Mieter, sondern auch für die Mitarbeiter zermürbend, denn sie müssen sich mit einer Aufgabe beschäftigen, die meist gegen ihre ethischen Standards verstößt. Die Prozedur wird als eine Verwaltungsroutine durchgeführt, bei der auf die Bringschuld der Miete gepocht wird. Die Lebenssituation des Mieters wird ausgeblendet; er wird für seinen Vertragsbruch bestraft. Dieses Konzept nennen wir Verwaltungskonzept.

In dem von uns beratenen Wohnungsunternehmen wurde dieses Konzept ersetzt durch das Beratungskonzept, das die Unternehmensphilosophie verändert. Kernstück des alternativen Konzeptes ist die Interpretation des Ereignisses „Ausbleiben der Mietzahlung“. Es wird nun nicht mehr als „Störung des reibungslosen Betriebsablaufs“ aufgefaßt, sondern als Hinweis auf eine bedeutsame Veränderung in der Lebenssituation des Mieters. Dieses Signal wird umgehend aufgegriffen und unter folgenden Zielvorgaben bearbeitet:

- Erhalt der Wohnung für den Mieter
- Kooperative Re-Strukturierung der Lebenssituation des Mieters
- Kooperative Regelung der Mietschulden im Zusammenwirken von Mieter, Wohnungsunternehmen und weiteren Stellen der psychosozialen Infrastruktur.

Wesentlich am Beratungskonzept ist, daß der Mieter für seine Lebensführung zuständig und verantwortlich bleibt: er wird nicht durch eine Bestrafungsprozedur aus der eingetretenen, mißlichen Situation entlassen, sondern es wird ihm angeboten, sich in einem kooperativen Lernprozeß um die Wiedergewinnung der Selbstbestimmung zu kümmern. Dabei hat auch das Wohnungsunternehmen sich zu ändern: das Beratungskonzept erfordert andere

Qualifikationen und eine mitmenschlichere „Mentalität“ von den Mitarbeitern. Anzumerken bleibt, daß sich das Beratungskonzept sowohl betriebs- wie auch volkswirtschaftlich „rechnet“.

## Voraussetzungen von Selbstbestimmung

Die Ottawa-Charta der Gesundheitsförderung verweist auf einen Zielzustand, der in einem Mehr an Selbstbestimmung zu finden ist. Dieses Mehr beinhaltet ein Wagnis: es verlangt das Zugeständnis, die Subjekte loszulassen. Bezogen auf den Wohnbereich heißt das: damit das Gestaltungspotential der Menschen aktiviert und realisiert werden kann, wird das Unfertige, Wandelbare, Veränderliche benötigt. Für das Verwaltungsdenken lösen solche Wünsche und Erfordernisse jedoch Vorstellungen von Chaos und Kontrollverlust aus. Deswegen werden Selbstbestimmungstendenzen oft als gefährlich beurteilt und nach Möglichkeit im Keim erstickt.

Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß der Mensch sich symbolisch ausdrücken muß. Wohnen ist ein Bedeutungsraum subjektiven Handelns. In ihm werden Orte und Gelegenheiten gesucht und herbeigeführt, an denen Wandel und Veränderung im Sinne der Aneignung stattfinden kann, um Selbstentfaltung und Selbstbestimmung zu erproben. Benötigt wird also

- die unfertige Wohnung, um über die Gestaltung des Wohnraums den Prozeß der Selbstverwirklichung und der Organisation des Lebensalltages zu erlernen;
- das permanent unfertige Wohnumfeld, das unterschiedlichen, sich wandelnden Verwendungszwecken zugeführt werden kann;
- das Bewußtsein der unfertigen Hausordnung: die Bewohner eines Hauses müssen bei jeder Neubelegung einer Wohnung die Gültigkeit der sozialen Regeln des Zusammenlebens neu bestimmen.

Erforderlich ist also gerade nicht die Entlastung der Mieter, sondern ihre Belastung. Es muß ihnen zugemutet werden zu erfahren, was Raum oder soziale Regeln in ihrer Biographie bedeuten, damit sie eigene Positionen entwickeln und mit anderen abstimmen lernen. Dieser Lernprozeß braucht den vom sozial mächtigeren Entwicklungspartner Wohnungsunternehmen zugestandenen Gestaltungsraum, der durch qualifizierte Mitarbeiter begleitet werden muß. Sie können darauf achten, daß die Mieter jeweils nur die Zone der nächsten Entwicklung ansteuern. Der Weg zur Autonomie erfordert also sowohl eine Abkehr vom Versorgungsdenken als auch vom Machtdenken.

## Die Autoren



Prof. Dr. Wilfried Belschner (51, Mitte), Leiter des Projektes, wurde nach dem Psychologiestudium in Würzburg und Freiburg und seiner Promotion in Freiburg 1973 an die Universität Oldenburg

berufen und spezialisierte sich auf die Gebiete Gesundheitsforschung und Gesundheitsförderung. Jürgen Koch (49, links) arbeitet als freischaffender Architekt hauptsächlich im Bereich der ökologischen Stadt- und Regionalentwicklungsplanung. Ernst Mastall (44) ist bei der Gemeinnützigen Siedlungsbaugesellschaft (GSG) Oldenburg als Psychologe mit sozialem Management befaßt.

# Universitätsgesellschaft Oldenburg e.V.

## Aus der Arbeit der Universitätsgesellschaft

● Auf der Mitgliederversammlung am 26. November 1992 sind Vorstand und Beirat neu gewählt worden. Der Vorsitzende des Vorstandes, Dr. Christopher Pleister, ist in seinem Amt bestätigt worden. Ebenfalls bestätigt wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder Eckart Otter als Stellvertreter des Vorsitzenden, Dr. Günter König als Schriftführer sowie Werner Mock und Ursula Schute als Beisitzer. Neu gewählt wurden Heiko Büsing als Schatzmeister und Prof. Dr. Horst Kurt Schminke als Vertreter der Universität. Prof. Dr. Michael Daxner ist kraft Amtes Mitglied des Vorstandes.

Der Beirat wurde en bloc wiedergewählt und ergänzt durch Prof. Dr. Erich Westphal, Prof. Dr. Götz Frank und Rolf Seelheim.

● Wachsmann-Preisträger des Jahres 1992 ist Reimar Voigt. Ihm wurde der Preis für seine Diplomarbeit „Die Entstehung von Oberflächenverformungen an Gold/Silber-Diffusionsproben unterschiedlicher chemischer Zusammensetzung“ verliehen. Die Übergabe des Preises erfolgte auf der Mitgliederversammlung am 26. November 1992.

Die Jury, bestehend aus den Professoren Hartung, Schminke und Schäfer, stand vor einer schwierigen Entscheidung. Erwogen wird, um den Vergabespielraum zu erweitern, eine Staffelung des Preises, um mehrere Studierende, die herausragende wissenschaftliche Leistungen zeigen, fördern zu können.

● Die Vortragsreihe der Universitätsgesellschaft soll auf eine neue Grundlage gestellt werden. Künftig wird das Präsidialamt der Universität die Organisation übernehmen. Es wird unter anderem daran gedacht, die Antrittsvorlesungen neu berufener Professoren mit einer Veranstaltung der Universitätstage der Universitätsgesellschaft zu kombinieren.

● Zum Jahresende 1992 verzeichnete die Universitätsgesellschaft 328 Mitglieder. 15 Prozent mehr als zum gleichen Zeitpunkt 1990.

Aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für das Jahr 1993 ein Gesamtetat von 50.000 Mark erwartet.

● Die Universitätsgesellschaft setzte sich nachdrücklich für die Absicherung des Bestandes des Fachbereichs Wirtschafts- und Rechtswissenschaften ein. Sie appellierte an das Wissenschaftsministerium in Hannover, die Ausstattung der neu zu besetzenden Professorenstellen nicht weiter zu reduzieren, da dann kaum mit einer qualitativ guten Besetzung gerechnet werden könne.

● Gute Entwicklungsaussichten hat das Europäisierungsprogramm, allerdings nur, wenn die Sprachausbildung abgesichert werden kann. Bislang konnten dafür Drittmittel eingeworben werden, die allerdings nur zeitlich begrenzt zur Verfügung stehen. Insofern ist eine weitere Finanzierung durch das

Land erforderlich. Auch in diesem Punkt wird das Wissenschaftsministerium von der Universitätsgesellschaft gebeten, die Finanzierung der Sprachausbildung sicherzustellen, damit das Oldenburger Modell der Europäisierung der Studiengänge weitergeführt werden kann.

Hervorragend angenommen wird im Fach-

bereich Wirtschafts- und Rechtswissenschaften das Fach Europäisches Wirtschaftsrecht, das derzeit mit Mitteln aus der Jean Monnet-Proffessur finanziert wird. Auch hier ist ein Ende der Finanzierung abzusehen und das Land aufgerufen, die bisherige Stiftungsprofessur durch eine Stelle im Etat abzusichern.

## Notizen aus der Universität

● Prof. Dr. Jeanne Hersch, eine der bedeutenden Philosophinnen der Gegenwart und Gastprofessorin der Karl Jaspers Vorlesungen zu Fragen der Zeit im Wintersemester 1992/93, ist mit der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs 2 Kommunikation/Ästhetik ausgezeichnet worden.

● Das neugebildete Institut für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) am Fachbereich 1 Pädagogik wird sich u.a. mit Forschungsvorhaben im Bereich "Interkulturelle Kommunikation und Erziehung" befassen.

● Das Stadtmuseum zeigte vom 7. März bis 4. April 1993 eine Ausstellung zur 200jährigen Lehrerausbildung (1793 bis 1993) in Oldenburg.

● An den 66 Veranstaltungen des Dies Academicus der Universität am 2. Februar zur Fremdenfeindlichkeit in Deutschland nahmen mehr als 4000 Personen teil.

● Der Leiter des Niedersächsischen Staats-

archivs, Dr. Albrecht Eckhart, und Studiendirektor Günter Steinberg (Fachgebiet Mathematik) sind zu Honorarprofessoren der Oldenburger Universität ernannt worden.

● Auf der Rangliste der 40 beliebtesten Hochschulstandorte nimmt die Universität Platz 13 ein. Sie schneidet von allen niedersächsischen Universitäten am besten ab. Das ist das Ergebnis einer von Ennid in Zusammenarbeit mit dem RCDS veranstalteten Umfrage.

● Mit 53 Hochschulen in 20 Ländern unterhält die Oldenburger Universität Partnerschaften. Großbritannien (zehn), USA (acht) und Niederlande (sechs) führen die Liste an.

● Gute Berufsaussichten werden sich nach Mitteilung der Universität den Absolventen des Studienganges Landschaftsökologie bieten, der zum Wintersemester 1993/94 den Studienbetrieb aufnimmt. Kapazität des mit Numerus Clausus versehenen Studienganges: 30 Plätze pro Jahr.

## Universitätsgesellschaft Oldenburg e.V.

### Werden Sie Mitglied!

Die Ziele der in 1972 gegründeten Universitätsgesellschaft Oldenburg e.V. lauten: Förderung der Universität, Förderung der Beziehungen der Universität zur Stadt Oldenburg und der Region und Förderung der studentischen Einrichtungen.

Die Universitätsgesellschaft strebt an, der Universität überall dort zu helfen, wo sie allein nicht mehr weiter kann - von der Nutzung gegebenenfalls vorhandener Ein-

flußmöglichkeiten bis hin zur direkten materiellen Unterstützung. Beides ist notwendig, wie die Entwicklungsgeschichte unserer noch jungen Universität zeigt. Die materielle Förderung erstreckt sich von der Stiftung des Gerhard-Wachsmann-Preises für herausragende Arbeiten junger Wissenschaftler bis hin zur direkten Unterstützung konkreter universitärer Projekte, die ohne solche Hilfe nicht durchgeführt werden können.

### Mitgliedschaft

Wenn Sie Mitglied werden wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Universitätsgesellschaft Oldenburg e.V.  
Postfach 4901, 2900 Oldenburg

Ich/Wir wünsche(n)

- Firmenmitgliedschaft  
(Jahresbeitrag mind. 200,-)
- Verbandsmitgliedschaft  
(Jahresbeitrag mind. 100,-)
- Einzelmitgliedschaft  
(Jahresbeitrag mind. 60,-)

Bitte senden Sie die Unterlagen an:

Name \_\_\_\_\_

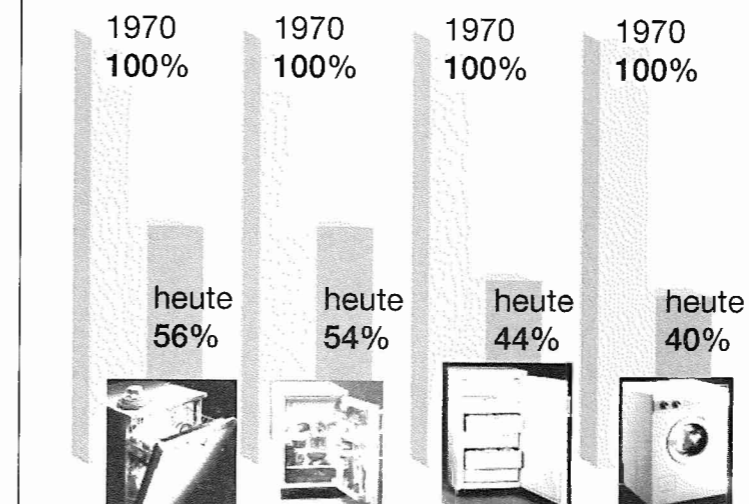
Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

## Elektrogeräte sparsamer



## Energisch Energie sparen

Wer mit Energie sparsam umgeht, schont seinen Geldbeutel und unsere Umwelt.

In unseren Beratungsstellen informieren wir Sie kostenlos über den rationellen Umgang mit Energie. Den Austausch von alten Kühl- und Gefriergeräten sowie Erdgasheizungen unterstützen wir mit einem Darlehen. Der Jahreszins beträgt sechs Prozent.

# EWE

EWE Aktiengesellschaft  
Tirpitzstraße 39 · 2900 Oldenburg

## INNOVATIONEN FÜR SPITZEN-UMWELTTECHNIK



**BRÖTJE**  
HEIZUNG

AUGUST BRÖTJE GmbH & Co  
Werke für Heizungstechnik  
Postfach 13 54 · D-2902 Rastede 1  
Tel. (0 44 02) 80-0 · Telex 25 19 10  
Telefax (0 44 02) 8 0 3 9 0

# Carl von Ossietsky Buchhandlung

der Stadtladen:  
...Bücher für den Lesespaß  
...Plakate, Rahmungen,  
Postkarten, Fertigrahmen,  
Umweltschutzpapier,  
Aufziehen, Passepartouts...

Der Uniladen:  
...Literatur für  
alle Studiengänge.

... Wir besorgen  
fast jedes lieferbare  
Buch von heute auf  
morgen. Anruf genügt...

2 mal in Oldenburg

...in der  
Innenstadt  
Achterstraße 15  
Tel. 1 39 49

...und  
in der Universität  
Uhlhornsweg



IHR OLDENBURGER  
BUCHHÄNDLER

Wir machen den Kartenvorverkauf für die Kulturtage!